

ter n z

ZEITUNG DER JUNGDEMOKRATEN



40 Jahre Grundgesetz
»Wir können stolz sein«

setze zur Inner

ant vor „V

Zimmermann verteidigen V

Auch das Verwalt
heitert am Verfassungsschutz
ach Einsatz eines V-Mannes in Anwaltskanzlei bleibt offen

Deutsche Jugend

Anklage wegen rechtsextremer Ver
gegen Mitglieder der Jungen Un

weiterbeschäftigt

Aussiedler sind keine Aus
Appell des Bayerischen Städtetags
Kommunen sollen bei Integration unbürokratis

eschicht

nur gegen Patienten
verlangt von Sozialhilfemaß
nschutz

Kanzlerlob nach rechts

in der neuesten Ausgabe der Monatszeitschrift „Mut“ stellt sich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) als „ständiger Leser“ dieses rechtsorientierten Blattes vor. In einer Zu
die Privatgelehrten Gerd-Klaus Kallenbrunner, der unter an
und durch seine Eilenthese be-

SPD: „Lynx“

Eklat im Stuttgarter Landtag: Die CDU
erkennt der VVN die Gemeinnützigkeit

st jeder fünfte

Gesetzentwurf zum Ausländerrecht

Deuschtümelei Zimmermanns gefährdet Flüchtlinge

Der Entwurf für ein neues Ausländergesetz ist wesentlich bedrohlicher für Flüchtlinge als bisher angenommen. Dies ergibt eine Analyse, die die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL zum Tag des Flüchtlings 1988 der Öffentlichkeit vorstellte.

Zur Sicherung der »Homogenität« der deutschen Gesellschaft will Zimmermann die künftige Zuwanderung und das Bleiberecht von Ausländern und Flüchtlingen radikal drosseln, soweit es die EG-Freizügigkeit und sonstige grundgesetzliche oder internationale Verpflichtungen erlauben.

Dies würde sich lebensbedrohend vor allem für die Flüchtlinge auswirken, die nach den mittlerweile äußerst strengen Maßstäben von Artikel 16 Grundgesetz nicht mehr als asylberechtigt anerkannt werden. Ihnen wurde bisher nach § 14 Ausländergesetz ein sogenanntes »kleines Asyl« gewährt, wenn sie aus Kriegs-, Bürgerkriegs- und Krisengebieten stammten und ihre Abschiebung eine Bedrohung für Leib und Leben bedeuten könnte. Dieser Schutz soll künftig weitgehend entfallen.

Dabei scheut Zimmermann nicht einmal davor zurück, die unmittelbare Geltung internationaler Verträge trickreich auszuhöhlen. So könnten sich künftig Personen, denen bei Abschiebung Folter oder andere Menschenrechtsverletzungen drohen, sich nicht mehr auf die Genfer Flüchtlingskonvention oder die Europäische Menschenrechtskonvention berufen, weil in den deutschen Zustimmungsgesetzen zu diesen Konventionen ein ausdrücklicher Hinweis auf diesen Abschiebungsschutz fehle. Ein Abschied von der internationalen Völkergemeinschaft!

Erheblich erschwert werden soll auch der Zugang von Flüchtlingen zum Bundesgebiet. Flüchtlinge, die keine Chance hatten, bei der Deutschen Botschaft ein Visum zu erhalten, und die bei der Einreise gefälschte Papiere besitzen, müssen bereits für den Besitz solcher Dokumente und nicht nur bei ihrer Benutzung mit einer Bestrafung rechnen.

Während die Diskussion um das neue Ausländergesetz noch in vol-

lem Gange ist, will die Koalition in einem Punkt bereits gesetzlich vorgehen. Möglichst bald nämlich soll die Visumpflicht für Kinder unter 16 Jahren eingeführt werden. Damit will man vor allem verhindern, daß Kinder allein in die Bundesrepublik kommen können. 95 Prozent der Kinder, die ohne ihre Eltern in der letzten Zeit in die Bundesrepublik eingereist sind, kamen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Iran, Libanon, Türkei und Sri Lanka. Nach dem Haager Minderjährigenschutzabkommen müssen diese Kinder wie deutsche Kinder behandelt werden. Damit sind sie in Einrichtungen der Jugendpflege mit ihren hohen Tagessätzen unterzubringen. Dies ist Bund und Ländern zu teuer. Lieber läßt die Bundesrepublik Kinder wie etwa im Iran als Minenhunde umkommen, als daß sie ihren internationalen Verpflichtungen nachkommt.

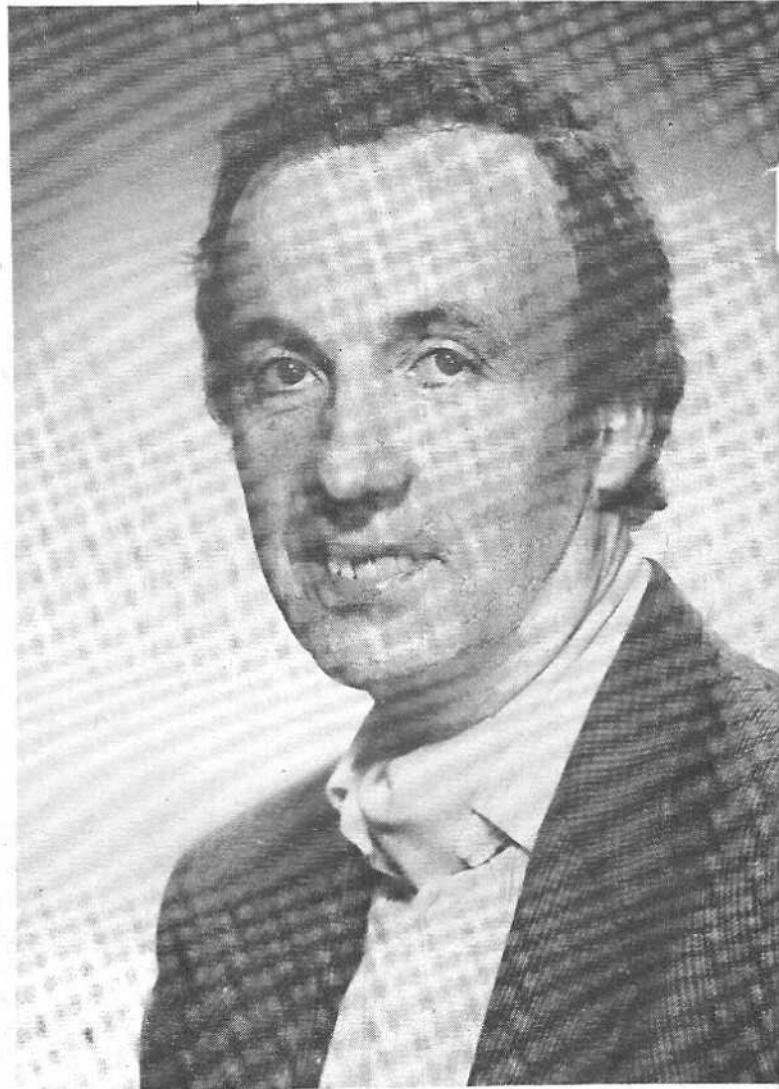
Im Sinne des Mottos zum TAG DES FLÜCHTLINGS »Zuflucht gewähren!« fordert PRO ASYL die politische Öffentlichkeit auf, sich dafür einzusetzen,

● daß der BMI-Entwurf zu einem neuen Ausländer-Aufenthaltsgesetz endgültig in der Schublade verschwindet und

● ein Gesetz vorbereitet wird, das folgende zentrale Forderungen für Flüchtlinge erfüllt:

- Erhaltung des »Kleinen Asyls« und damit des Abschiebungsschutzes für de-facto-Flüchtlinge aus Kriegs-, Bürgerkriegs- und Krisengebieten;
- Volle Anwendung internationaler Konventionen;
- Sicheres Aufenthaltsrecht mit Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für bisher nur geduldete Flüchtlinge;
- Aufhebung des Visumszwanges für Flüchtlinge aus Krisenregionen;
- Kein Visumszwang für Kinder.

Herbert Leuninger
Sprecher von PRO ASYL



Herbert Leuninger, Pfarrer, Sprecher von PRO ASYL

PRO ASYL ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft von Experten aus Flüchtlingsräten, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen. PRO ASYL arbeitet in Verbindung mit dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland (UNHCR). Grundlage für die Arbeit von PRO ASYL sind Artikel 16 Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention. PRO ASYL, Neue Schlessingergasse 22, 6000 Frankfurt



P.S.

Wie das halt so ist: toll finden es alle, aber dann passiert lange nichts.

Im Frühjahr forderten wir unsere internationalen Partner auf, in TENDENZ über sich und ihre Arbeit zu berichten und warteten seitdem auf russisch-, englisch-, dänisch-, polnisch-, portugiesisch-, deutsch-, halt so richtig fremdsprachige Beiträge, die Euch und uns die Illusion weltweit aktiver Korrespondenten geben sollten.

Wir wollen uns jedoch nicht beschweren, denn auch SSM, JD, MIOT, YL und FDJ warten gelegentlich länger als nötig auf TENDENZ. Aber wer tut das nicht?

Nun, da wir von der *International Federation of Liberal and Radical Youth* (IFLRY), deren Mitglieder Jungdemokraten und RSG sind, und von unserem US-Partner *Youth for Democratic Action* (YDA) erste Beiträge erhalten haben, wollen wir künftig auch TENDENZ schneller verschicken. Zumindest an IFLRY und YDA.

Gastkommentar

Gesetzentwurf zum Ausländerrecht: Deutschümelei Zimmermanns gefährdet Flüchtlinge 2

Briefe an "tendenz"

4

Magazin

5

Internationale Solidarität

Nicaragua 1988: Eine Meldung und ihre Hintergründe Gottes gewaltiges Wirken in Südafrika 7 8

Schwerpunkt

40 Jahre Grundgesetz 9

Antifaschismus

"... daß halt jeder die Möglichkeit hat, sich irgendwie zu verwirklichen" 12

Internationales

US-Wahlen 88 14
Rumänien-Seminar und -Aktionstag 14
Chile: Das Leiden hat schon zu lange gedauert 15

pro & contra

Kirche und Religion - Opium für das Volk? 16

Musik

Rockwettbewerbe: "Ai fiehl gutt ent ju fiehl gruwii" 17
neu & platt 18
Flatsch: "hat mers net, da fehlt's eim" 18

Jungdemokraten

die coole Nummer, BAKs, LVe Termine, Adressen 19 20

IMPRESSUM

TENDENZ ist die Zeitschrift der Jungdemokraten

Herausgeber sind der Bundesverband und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG).

TENDENZ ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen (AGJPNW).

Redaktion: Hansjörg Alstäd, Horst Eberlein, Thomas Hetzer (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Malte Krückels, Coni von Meding, Marion Mück-Raab, Imke Roebken, Dirk Sawitzky, Frank-Oliver Sobich, Ernst-Christoph Stolper, Jasper Wolff.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Andrew Anderson (IFLRY), Pascal Beucker, Susanne Falkenberg, Ralf Henschel, Stefanie Heß, Karl-Wilhelm Höffler, Rachelle J. Jailer (YDA), Dieter Jirmann, Julia Klewinghaus, Tilman Schmieder (aej). Lay Out: Thomas Hetzer; Satz: Fo-

tosatz Barbara Steinhardt, West-Berlin, Druck: Druckladen Bonn.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe ist der 20. November.

Verlagsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Bundesverband, Liberaler Jugendverband e.V., Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 21 09 52

Redaktionsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Landesverband Berlin, Radikalliberaler Jugendverband e.V., Bülowstraße 65, 1000 Ber-

lin 30, Telefon: (030) 216 23 46
Der Bezugspreis von 10 DM jährlich ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Es gilt die **Anzeigenpreisliste** von Mai 1988

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtauslieferung zurückzusenden.

Betreff: Leserbrief von Christoph Kopke zum Begriff »Reichspogromnacht« (5/88)

Dieser Leserbrief von Herrn Kopke kann leider nicht unwidersprochen bleiben, da er einige sachliche Unrichtigkeiten enthält.

Denn erstens kommt der Begriff Pogrom von den Judenverfolgungen im zaristischen Rußland von 1887 bis 1917. Diese Pogrome waren meist von staatlichen Stellen unterstützt oder sogar initiiert, wofür ja zum Beispiel der Einsatz von Militäreinheiten bei diesen Pogromen spricht.

Zweitens wird der Ausdruck »spontaner Übergriff« in den meisten Fällen den Tatsachen nicht ganz gerecht, da hinter den meisten Judenverfolgungen handfeste politische und/oder wirtschaftliche Interessen standen, die allenfalls mit einem religiösen Deckmäntelchen getarnt wurden.

Abgesehen davon, plädiere ich aber ebenfalls für die Beibehaltung des Begriffs Reichskristallnacht, da ich es für überzogen halte, einen seit fünfzig Jahren feststehenden Begriff aus ideologischen Gründen ändern zu wollen. Den Begriff Reichskristallnacht halte ich übrigens für Volksmund und nicht für einen Nazibegriff.

Mit freundlichsten Grüßen
Joachim Merbach
8600 Bamberg

Betreff: »Monster, Mythen und Mutationen« (5/88)

Wir sind Euch irgendwie in die Quere gekommen, nicht wahr? Das Modell, das wir mit der Grün-Alternativen Jugend (GAJ)

in Schleswig-Holstein entworfen haben, paßt Euch nicht ins jungdemokratische Konzept? Wenn's das nicht ist, erklärt doch bitte, warum Ihr mit Halbwahrheiten und Lügen über die GAJ herzieht. Nicht nur in der »tendenz« (siehe letzte Ausgabe der »Turbulenzen«).

Zum Perspektivenkongreß: Richtig, wir haben gegen die beiden inhaltlichen Punkte argumentiert, nicht um diese zu verhindern, sondern um eine zusätzliche Perspektivdebatte durchzusetzen, für die es ein breites Bedürfnis gab. (Ich betone noch mal: Um Perspektiven sollte es gehen, nicht um Strukturen!) Aber diese angekündigte Debatte habt Ihr von Beginn an rigoros abgewürgt. (In den anderen Foren war es selbstverständlich, daß über die Tagesordnung diskutiert wurde. Im Jugendforum wurde diese von Euch als Muß, als Fakt festgesetzt. Dagegen erhob sich ganz verständlich Protest.)

Richtig ist auch, daß wir das Jugendforum frühzeitig verlassen haben — nachdem wir von Euch mit Beschimpfungen eingedeckt wurden, wobei Begriffe wie »demokratieunfähig« und »Sexisten« noch die harmloseren Vorwürfe waren. Wir haben anschließend mit dem Frankfurter Jugendstammtisch ein zweites Forum organisiert, an dem knapp 40 Leute teilnahmen. Dort wurde über alles Mögliche geredet, nur nicht über ätzende Strukturen. Das solltet Ihr eigentlich wissen. (Wenn Ihr's verdrängt habt, helfe ich gerne mit einer Kopie der Anwesenheitsliste aus. In die Ihr beide Euch eigenhändig eingetragen habt.)

Ansonsten — Pascal und Peter — wir sprechen uns wieder, wenn wir die guten »Aufstiegchancen in der

GRÜNEN Partei« genutzt haben und halt oben sind.

Bis denno — feste Jungs, macht nur weiter so!

Thomas Peick
Grün-Alternative Jugend (GAJ)
Schleswig-Holstein, 2300 Kiel

Betreff: »New Age. Das Heilsversprechen im Katastrophendonner« (4/88)

In der letzten Tendenz hat Daniel Blum das Schillernde und die scheinbare Vielfältigkeit des New Age geschildert, ohne aber auf die Ideologie, die es vermittelt, einzugehen.

Fast zum Ende des Textes taucht ein Satz auf: »Dagegen verblassen alle tradierten Emanzipationsverheißungen, auch die der Jungdemokraten«, und er erweckt damit den Eindruck, als hätte New Age etwas mit Emanzipation — ja sogar mit undogmatischer Emanzipation — (weil nicht tradiert) zu tun. New Age aber ist eine emanzipationsfeindliche Ideologie. Es lenkt von den gesellschaftlichen Problemen ab, indem es suggeriert, erst müsse der einzelne sich ändern, damit die Gesellschaft zu ändern möglich ist. New Age, das sich einfach nur als »Überreligion« über die hinlänglich bekannten zu stützen braucht und somit den Anschein von Pluralismus vermittelt, ist die scheinbar emanzipatorische Variante, die unserer Zeit entspricht.

In einer Zeit, in der sich demokratisch gebärende PolitikerInnen und ManagerInnen die Geschicke des Landes leiten, in einer Zeit in der die Ideologie der Ellenbogengesellschaft, Leistung, Individualismus und Elite nicht mit Autorität, sondern mit subtiler Raffinesse vermittelt wird, und in einer Zeit,

in der wesentliches Konfliktpotential einfach in die Entwicklungsländer exportiert wird, um sich das heimische Terrain ruhig zu halten, verwundert es nicht, daß eine ihrer Zeit gemäßige Religion mit den gleichen subtilen Mitteln arbeitet. Daß soviel Buntes, Jugendliches und Frisches da mitmisch, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß zahlreiche Industrielle gleichsam den Zug des New Age auch als den ihren ansehen. Von der Ausbildung der »sanften Führer« spricht in diesem Zuge auch Marilyn Furgeson, die es für die beste Führung hält, bei der man nichts merke.

Und die These, erst wenn man sich selber ändere, ändere sich auch das System und habe man das Recht, in dieses einzugreifen, erinnert erstens stark an eine altes Zitat »nur, wer sich ohne Sünde glaubt ...« und leugnet zweitens die durch den Kapitalismus determinierten Strukturen. Angesichts dessen, was in den Entwicklungsländern mörderischer und ausbeuterischer Alltag ist, klingt diese Annahme mehr als zynisch. Aber wen interessiert schon Pinochet, wenn man in heimischen Gefilden genügend mit der Zubereitung biologisch einwandfreier Grünkernbuletten zu tun hat und wenn man mit dem Legen der Tarotkarten und dem schamanischen Tanz genügend ausgelastet wird? Das ist Funktionieren im Kapitalismus pur.

Auch der Schritt zu Völkischem und Faschistoidem wird bei New Age nicht gescheut. »Runenlesen und Externsteintänze bringen mich zu einem Deutschsein, das ich immer gesucht habe«, sagte jüngst in einem Interview des WDR eine junge Frau, die eher so aussah, als würde sie in einer Chaos-WG wohnen. Hier liegt ein großer Gefahrenherd für die Linke.

Und was stand in der »Esotera« zu lesen: »Seit eineinhalb Jahren wohnt auch Harald Goebbels, entfernt verwandt mit dem ehemaligen Propagandaminister, im Mandala ... Seine Hände stecken in feinen, durchsichtigen Handschuhen, er wäscht gerade Salat.« Warum hat der Verlag ein Interesse an dem Geschriebenen? In diesem Satz steckt jedenfalls ein Botschaft, die Goebbels mit Eleganz und nicht mit Massenmord assoziiert. Achtlosigkeit, Zufall oder Absicht??? Aber wer will schon weißmachen, daß Profi(t)journalisten keine Absichten haben.

Nein, Daniel, ich habe keinen Hunger nach Spiritualität. Sie kotzt mich an.

Susanne Falkenberg
4630 Bochum



Ähnlichkeiten

ran und daneben

Puh... das war knapp! Buchstäblich in letzter Sekunde hat Bundeskanzler Kohl das, was man in dieser Situation tun muß! Er setzte voll auf unsere Aussiedler-Reserve-Bank...

... unsere Vettern und Basen... Wolgadeutsche, Siebenbürger, Banäterschwaben, Schwarzmeertürken, Krimwestfalen, Wolkapfänger, Transsylvanische-Bayern, Sibirische-Sauerländer!

von der ran JUNAG
Aber... da kommen ja unsere Athleten Tsycketzky Schmitz und seine Frau Ruckszky aus Pflmschl...
⚡



Achtzehn Jahre alt ist ran, das Jugendmagazin des DGB, geworden, feierte und ließ sich feiern. Zum Beispiel für die gelbe Hand, der Zeitung in der Zeitung, mit der die Aktion »Mach meinen Kumpel

nicht an« gegen »Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« unterstützt werden soll.

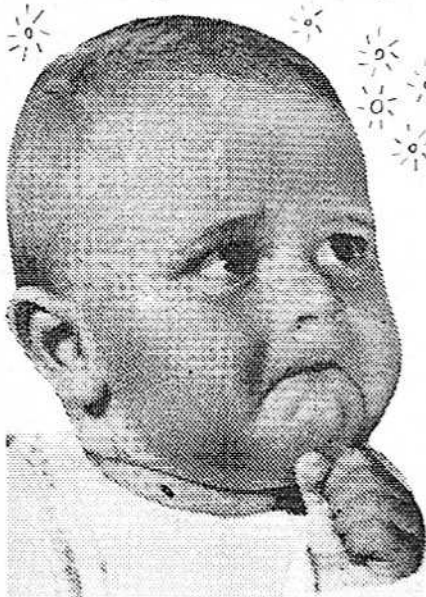
Was soll aber der Comic im Oktober-Heft von ran?

Nestlé-Boykott

1984 schien sich Nestlé dem Druck weltweiter Boykott-Aktionen zu beugen und verpflichtete sich zur Einhaltung des WHO/Unicef-Kodex über Werbung und Vertrieb industriell gefertigter Babynahrung. Jetzt haben Aktionsgruppen zu einem neuerlichen Nestlé-Boykott aufgerufen. Die Gruppen aus 64 Staaten werfen

nicht nur Nestlé vor, mit aggressiver Werbung Mütter vom Stillen abzuhalten, obwohl aus hygienischen und finanziellen Gründen von industriell gefertigter Babynahrung abzuraten ist.

1976 gewannen die Aktionsgruppen einen von Nestlé angestregten Rufmord-Prozess und 1981 beschlossen die UNO-Ernährungsorganisation WHO und das UNO-Kinderhilfswerk Unicef einen — freiwilligen — Verhaltenskodex für Herstellerfirmen: Beschränkungen für kostenlose Werbepackungen und andere Werbemaßnahmen. Obwohl sich Nestlé, weltgrößter Produzent, 1984 nach weltweiten Boykott-Aktionen zur Einhaltung des Kodex verpflichtete, wurde der Konzern, neben vielen anderen Herstellern (z.B. Milupa und Humana) 1986 und in diesem Jahr von der Internationalen Organisation der Verbraucherverbände der andauernden Verletzung der Verpflichtung beschuldigt. Informationen über die neue Boykott-Kampagne hat die Aktionsgruppe Babynahrung e.V., Kurze Straße 6 in 3400 Göttingen.



Jugendpolitik — ganz anders

Bei dem 5. Neuköllner Dialog für Jugendpolitik wurde — wieder mal — die Forderung nach neuen Formen der Politik laut. Ergebnis einer vom Moderator als »bierernst« bezeichneten Diskussion einer Arbeitsgruppe.

Wolfgang Michal, Autor von »Die SPD — staatsreu und jugendfrei« (tendenz 2+3/88) warf den großen Parteien vor, nicht politisch zu sein und resigniert zu haben. Warnfried Dettling (CDU) vom Bundesjugendministerium war dagegen andersorts fündig bei seiner Ursachensuche für die Probleme von Jugendverbänden mit politischem Anspruch: Die »Individualisierung

von Lebensstilen«, von der auch in Michals Buch zu lesen ist.

So oder so, punktuelle Zusammenarbeit sei jetzt angesagt, meinten alle Beteiligten übereinstimmend und führten Organisationen wie Greenpeace als Beispiel an. Außerdem sei die »Suche nach der Zugehörigkeit« entscheidend für das politische Engagement Jugendlicher: Kommunikative Fähigkeiten statt preußischer Tugenden. Dem fügte Peter Glotz, nicht mehr Bundesgeschäftsführer, aber Jugendbeauftragter der SPD, noch eine parlamentarismuskritische Binseweisheit in eigener Sache an: »Die Sozis haben die Macht nicht, wenn sie regieren.«

noch 'n Gesetz noch 'ne Broschüre

Gesetze bringen viel Papier mit sich. Auf drei Bücher und Broschüren zu den sogenannten »Sicherheitsgesetzen« sei hier verwiesen, nachdem bereits in TENDENZ 2/88 ausführlich aus der aktuellen »cilip«-Ausgabe zitiert wurde.

Eine relativ knappe Übersicht bietet die Broschüre »Sicherheitsgesetze — Notstandsgesetze für den alltäglichen Gebrauch?« der Humanistischen Union, die darin auch die Frage »Brauchen wir den Verfassungsschutz?« stellt.

Juristischer geht es natürlich bei den Strafverteidigervereinigungen zu, die für Broschüre und Porto 8 DM in Briefmarken in ihrem Briefkasten in der Kölner Siemensstraße 15 erwarten.

Gleich mehrere ehemalige Jungdemokraten-Bundesvorstandsmitglieder gehören zu den AutorInnen des im Kölner Volksblatt-Verlag von Roland Appel mitherausgegebenen Buchs »Die neue Sicherheit«, das 24,80 DM kostet und bald auch in TENDENZ mit einer ausführlicheren Besprechung bedacht werden wird.



Von Phantasie und Gewalt

»Laßt Eure Phantasie walten« — das ist eine klare Aufforderung zur Gewalt«, sagte der SPD-Bundstagsabgeordnete und Vorsitzende des Innenausschusses Benrath in

der Debatte über die Polizeieinsätze während der IWF-Tagung in Berlin.

Die SPD ist halt eine wirklich gewaltfreie Partei.

wild und zärtlich

(1. Zitat) »Das blitzschnellste politische Bekenntnis der AL-MVV legte Micha Harmerbacher vom Kinderbereich der Partei in ca. 10,05 Sekunden ab: Er wolle die 'soziale Revolution, und zwar weltweit, und sie muß wild und zärtlich sein'. Politik als Quick-fick?« (taz, 10. Oktober 1988)

Die Revolution wird das Berliner Abgeordnetenhaus (noch?) nicht erreichen, denn Micha, Passiv-Jungdemokrat aus Passion, scheitert gleich mehrfach bei seinem Bemühen um einen sicheren Platz auf der AL-Liste.

Der Revolution wird es nicht schaden, denn (2. Zitat), »bei uns sind Parteien [und Parlamente — Anm. der Red.] von großer Bedeutung für kleine Reformen. Aber Vertrauen verdienen sie nicht. Fortschrittliche Politik gibt es nur, wenn sie von starken außerparlamentarischen Bewegungen (z.B. der Friedens- oder der Frauenbewegung) erpreßt werden.« (Selbstdarstellungs-Flugblatt der Jungdemokraten)

Moskau — New York

Ungewöhnlich ausgewogen sind die Preise, die die Deutsche »Volkszeitung« den Siegern ihres Reportage-Wettbewerb »Alltag in der Bundesrepublik« verspricht.

Wer bis zum 31. Dezember einen Beitrag, der in einer Schülerzeitung erschienen ist, an die Wochenzeitung schickt, kann diesen vielleicht schon kurze Zeit später in der DVZ wiederfinden und eine einwöchige Reise für zwei Personen nach New York oder Moskau gewinnen.

Fies

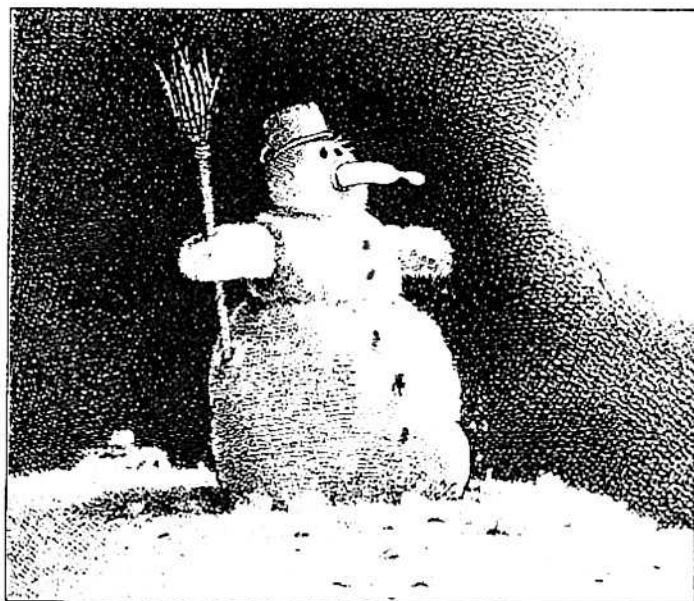
Die »1000 fiesesten Lehrer« an 2000 bayerischen Schulen sucht die Junge Presse Bayern (JPB). Redakteure von Schülerzeitungen sind aufgefordert, Noten von »okay« bis »Arschloch« zu vergeben und so Bayerns »Lehrer 88« zu küren. Wenn Bayerns Schülerzeitungen sonst keine Probleme haben

Jugend testet

Passend zu *Jugend forscht* läßt die Stiftung Warentest (Lützowplatz 11-13, 1000 Berlin 30) unter Wettbewerbsbedingungen testen.

Den Ausschreibebedingungen nach zu urteilen hätte der im diejährigen UdSSR-BRD-Jugendlager (tendenz 5/88) von einigen Jungdemokratinnen durchgeführte Kondom-Test keine Aussicht auf einen der Geldpreise bis zu 1000 DM. Nur schwer ließe sich der F'sche (Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt) »Fingernagel-Test« als systematisch, vergleichbar und genau bezeichnen.

Unvergleichlich wissenschaftlicher macht es halt immer noch die Stiftung Warentest selbst — zuletzt im Oktober-Heft (»sehr gut« für *Ritex Ideal*, *London Love* und *Durex Top-safe*. »mangelhaft« für *Lord's de*



Luxe).

Und wer mehr Wert auf Farbe, Geschmack oder Duft der Gummis legt, kann es jetzt in der ersten *Con-*

domeria der BRD den Pfadfindern nachtun. Sie bestellen in der Frankfurter Gutleutstraße 139 gleich 3000 Stück. Jugend testet.

Arbeits-hilfe

»Nationalsozialismus«, »Neonazismus in der Bundesrepublik« und »Jugendarbeit in der Auseinandersetzung mit dem Neonazismus« heißen die die entscheidenden Überschriften eines Readers, der in der Reihe »transfer« der FH Düsseldorf erschienen ist und eine Arbeitshilfe für die Praxis der Jugendarbeit sein soll.

Grundlagen erarbeiten, sich mit dem Problem auseinandersetzen, konkrete Konzepte und Aktivitäten entwickeln und dabei vorhandene Literatur und anderen Hilfen nutzen — dabei sollen die 475 A-4-Seiten helfen, die für 34,50 DM, inklusive Porto und Verpackung bei »Beratung und Weiterbildung in der Friedensarbeit e.V.«, c/o Prof. Christiane Rajewsky, Drachenfelsstraße 39 in 5000 Köln 41, bestellt werden können.

Bewegt

Die Forschungsgruppe *Neue Soziale Bewegung* will mit einer vierteljährlichen Zeitschrift aus den Bewegungen über die Bewegungen informieren. Zur Forschungsgruppe gehören un-

ter anderem der Zukunftsforscher Robert Jungk, die Frauenforscherin Ute Gerhard-Teuschner, der Parteien- und Bewegungsforscher Joachim Raschke sowie Peter von Oertzen vom SPD-Vorstand (Berufs-Bewegter) und die grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer (Berufs-Bewegte).

Die bisher erschienenen vier Hefte beschäftigen sich mit »Symbolik und Habitus«, »Soziale Kontrolle«, »Geschlechterverhältnis« und »Politische Parteien« — natürlich alles neu, sozial und bewegt.

Bestellungen nimmt Thomas Leit (ehemals Deutsche Jugendpresse-Bewegung, jetzt Sozialdemokratische Partei-Bewegung), Taunusstraße 66 in 6200 Wiesbaden, entgegen.

Mach mich nicht an

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz: Das Problem ist ja wirklich nicht neu. Aber es fand bis vor wenigen Jahren kaum Beachtung — auch nicht in den Gewerkschaften.

Jetzt sind zwei neue Broschüren erschienen, die das Thema offensiv angehen wollen. Dabei wird nicht nur mit Beispielen deutlich gemacht, welchem Druck Frauen am Arbeitsplatz durch die sexuellen Belästigungen ausgesetzt sind. Es

werden auch Hinweise gegeben, wie frau sich gegen die Anmache zur Wehr setzen kann. Dabei ist eines vollkommen klar: Die Kündigung ist keine Lösung! Dagegen kann die Solidarität der Kolleginnen zusammen mit dem Betriebsrat/Personalrat solchen frauenfeindlichen Aktionen der Chefs oder der Kollegen schon einen Riegel vorschieben.

Hier nun die Adressen, wo die Unterlagen kostenlos bestellt werden können:

»Mach mich nicht an!«, Referat Kommunale Frauenpolitik der Stadt Wiesbaden, Postfach, 6200 Wiesbaden.

»Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz — Frauen wehren sich«, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauen und Abteilung Jugend, Hans Böckler Str. 39, 4000 Düsseldorf 1.

Karl-Wilhelm Höffer

Der Witz

Das Gelächter der Geschlechter hat Helga Kotthoff im gleichnamigen Fischer-Taschenbuch analysiert und herausgefunden, daß Frauen, im Gegensatz zu Männern, weniger vorgefertigte Witze erzählen, sondern aus der jeweiligen Situation heraus ihre humorvolle Seite zeigen. Dabei neigen sie häufiger zu Selbst-Ironie und Sarkasmus. Daß ich nicht lache.

Nicaragua 1988: Eine Meldung

Wright: CIA-Leute als Provokateure in Nicaragua

Washington (AP) - Der amerikanische Geheimdienst CIA hat in Nicaragua Leute eingesetzt, die öffentliche Proteste inszenieren und so die sandinistische Regierung zu Überreaktionen provozieren sollen. Das sagte in Washington der Präsident des Repräsentantenhauses, Jim Wright. Vor Journalisten erklärte der demokratische Politiker, man verfüge über „eindeutige Aussagen“ von CIA-Leuten, die an solchen Aktionen beteiligt gewesen seien. Wright sagte, es sei „zweifelsfrei“, daß der amerikanische Geheimdienst hinter einigen Protestaktionen in Nicaragua steckte, die dazu führten, daß die Opposition in Managua gegen die Regierung vorging und so die Atmosphäre für den Dialog, mit dem antisandinistischen Contras trübte. „Wir sollten den Einfluß der Vereinigten Staaten dazu nutzen, den Friedensprozeß zu ermutigen, nicht dazu, ihn zu entmutigen“, äußerte der Politiker.



ihre Hintergründe

CIA-Leute als Provokateure in Nicaragua« — eine Meldung von vielen, die am 22. September auf den Auslands-Seiten der *Süddeutschen Zeitung* erschien. Eine Meldung, die hier in Europa wenig Beachtung gefunden hat. Doch die Hintergründe dieser »Enthüllung« sind zu wichtig für den Papierkorb. Zu wichtig vor allem auch für die (nicht nur bundesdeutsche) Solidaritätsbewegung, die in letzter Zeit oftmals viel zu schnell die Verhältnisse in Nicaragua kritisiert hat, ohne sich näher über die wirklichen Hintergründe zu informieren.

Was sind sie nun, die Fakten, die hinter diesem Wright'schen »Geständnis« stehen? Am 23. Mai 1988 veröffentlichte die mexikanische Tageszeitung *El Dia* einen Plan des US-Geheimdienstes CIA, der sehr exemplarisch aufzeigt, wie die USA mit souveränen Staaten in »ihrem Hinterhof« umgehen. Dieses »Destabilisierungsprojekt«, so die nicaraguanische Nachrichtenagentur »ANN«, gliederte sich in vier Bereiche:

1. Die Aktionen der bürgerlichen Opposition in Nicaragua — ohnehin nur mit dem Segen der dortigen US-Botschaft möglich — sollten verstärkt nutzbar gemacht werden. Durch gezielte Provokationen der nicaraguanischen Sicherheitskräfte sollte deren harte Reaktion erzwungen, die »staatliche Repression-

sollte sichtbar werden.

2. US-Kongreß- und Senatsmitglieder sollten verstärkt das Land bereisen, um Zeugen von solchermaßen inszenierten »Repressionen« zu werden.
3. Gleichzeitig wurde die katholische Bischofskonferenz eingespannt, die als scheinbar neutrale Beobachter die Geschehnisse zu kritisieren hatte (was dann auch prompt in einem Hirtenbrief vom 28. Juni geschah; Zitat: »Die Situation, in welche der Sandinismus Nicaragua geführt hat, fördert den Alkoholismus, die Delinquenz und die Auflösung der Familien ... All dies treibt viele zur Frustration ..., der sexuellen Überbordung, der Gewalt und Unmoral.«)
4. Schließlich sollte auch die konservative Oppositionszeitung

La Prensa mitmischen. In den ersten Juli-Tagen dieses Jahres fiel sie durch haarsträubende Überschriften und Beiträge auf eine Kostprobe: »Sowjetische U-Boote in Corinto« (7. Juli). Der folgende Artikel hatte dann inhaltlich wenig mit der Überschrift zu tun, es wurde lediglich auf den bevorstehenden Ausbau des Hafens in Porto Corinto hingewiesen. Inzwischen werden in dieser Zeitung sogar in reißerischer Aufmachung einfache Kriminalfälle zu politischen Attentaten gegen Oppositionspolitiker umgemünzt, so berichtet die *taz* vom 10. Oktober.

Die Rechnung schien indessen aufzugehen. Für den 10. Juli 1988 hatte die rechte *Coordinadora Democrática Nicaragüense* (CDN) zu einer »Groß-Demonstration« aufgerufen. Veranstaltungsort war die 60 km südlich von Managua gelegene Kleinstadt Nandaime. Der Veranstalter, die CDN, ist ein Zusammenschluß derjenigen konservativ-reaktionären Oppositionsparteien, die an den Wahlen 1984 zur Nationalversammlung auf US-Druck hin nicht teilgenommen hatten. Ca. 6000 Teilnehmer waren gekommen, um sich aktiv für die »Regierung der nationalen Rettung« (so

der gängige Sprachgebrauch) auszusprechen. Doch das Ziel dieser Demonstration war eben nicht, diese politische Forderung zu erheben, sondern die sandinistischen Sicherheitskräfte — ganz im Sinne des CIA-Plan — zu provozieren, um dann die folgenden Polizeieinsätze als »Repressions-Maßnahmen« international darzustellen und anzuklagen.

Während der Rede der Generalsekretärin der Konservativen Partei, Miriam Arguello — in wiederholten Passagen bezeichnete sie das Innenministerium als »Terrorministerium« —, wurde die Stimmung immer gereizter und von ihr auch aufgeheizt, so daß es kaum verwunderlich war, als zahlreiche Teilnehmer — mit Messern, Knüppeln und anderen Schlaggegenständen bewaffnet — die Polizei angriffen. Zum ersten Mal in der jungen Geschichte des von der Somoza-Diktatur 1979 befreiten Nicaragua mußte unter Tränengaseinsatz eine Veranstaltung unter freiem Himmel aufgelöst werden. 48 Personen wurden festgenommen, darunter die prominenten Oppositionspolitiker Augustin Jarquin von der christ-sozialen PSC, Carlos Huembes von der konservativen Arbeiterzentrale CIN sowie besagte Miriam Arguello.

Die »Weltöffentlichkeit, zumindest der Teil der Journaille, der von den verschiedenen US-Botschaften gut instruiert war, schrie auf, machte die angebliche »Repression«, den »Terror in Nicaragua« öffentlich. Nicaragua sollte so dargestellt werden, wie man es gerne sehen würde: Als Unrechtsregime, Willkürherrschaft; man wollte bewegte Bilder, die zeigen, wie Oppositionelle verfolgt, geschlagen, mißhandelt werden.

Und noch eines ist aufgefallen: In den ersten Juli-Tagen hat auch die Contra wieder aufgedreht. Trotz formalen Waffenstillstands zwischen den Sandinisten und der Contra kamen bei verschiedenen Angriffen und Anschlägen in den fünf Tagen vor den Nandaima-Ereignissen (also vom 6.-10. Juli) 21 Menschen ums Leben, 10 NicaraguanerInnen wurden verletzt, acht entführt. Präsident Ortega im US-Fernsehen NBC: »Sie töten (wieder) unsere Jugend, sie töten unser Volk.«

Die USA — nie Freunde des Mitte 1987 eingeleiteten mittelamerikanischen Friedensprozesses — wollten so also versuchen, über konstruierte Vorfälle die ersten bescheidenen Abkommen zwischen den fünf zentralamerikanischen Ländern von Esquipulas 1987 und zwischen Sandinisten und Contra von Sapoa 1988 zu zerstören. Geheimaktionen, versteckte Diplomatie, Schmiergelder, Inszenierungen: Wir alle kennen dies von unzähligen Beispielen als Hauptbestandteil der US-Außenpolitik. Santiago 1973 — Grenada 1983 — Libyen 1986. Nur drei Beispiele einer Geschichte, die hier bekannt ist, aber immer wieder in Vergessenheit gerät. Doch die verdeckte Invasion der USA in Nicaragua wird nicht so einfach sein wie in Chile 1973. Im Gegensatz zur damaligen Situation im Anden-Staat verfügen die USA in Nicaragua nicht über eine ihnen willige Armee. Nicaraguas EPS- und Freiwilligen-Verbände werden wohl die letzten sein, die den Kampf aufgeben.

Das Fatale ist nur, daß die Veröffentlichung solchermaßen staatsterroristischer Pläne, wie sie von *El Día* Ende Mai erfolgte und jetzt auch in den USA Bestätigung gefunden hat, untergeht. Hier in der BRD finden wir sie auf Seite 9, unter oder neben einer *Kaufhof*-Anzeige für frische Waren aus Fernost. Und wer liest schon immer so weit?

Heiko Melcher

Sprecher des BAK

Internationale Solidarität
war 1987 neun Wochen in Nicaragua.



Solidaridad

Gottes gewaltiges Wirken in Südafrika

Das Gerücht, ein Rassist komme nach Langenfeld, ließ die Anti-Apartheid-Gruppe (AAG) Langenfeld aufmerksam werden. Schon bald darauf warben Plakate in der ganzen Stadt für eine Veranstaltung des Missionars Erlo Stegen mit dem Thema »Gottes gewaltiges Wirken in Südafrika«.

Der AAG war es somit möglich geworden, sich Informationen von vorangegangenen Veranstaltungen in Aurich und Oldenburg zu besorgen.

Erlo Stegen, der Leiter einer Südafrikanischen Missionsstation, sollte diesen Informationen zufolge nicht nur wissenschaftlich unhaltbare Thesen, z.B. das Aids durch sexuellen Verkehr Schwarzer mit Affen auf den Menschen übertragen wurde und sogar schon Pferde an dieser Krankheit gestorben seien, sondern auch für das Apartheidregime geworben und gebetet haben.

Daher wurde ein Flugblatt entworfen, welches die Mitbürger aufforderte, sich mit ihrer Unterschrift gegen diese Veranstaltung auszusprechen. Weiterhin wurde die Stadt über Stegens propagandistische Behauptung aufgeklärt. Als Konsequenz daraus kündigte sie dem Veranstalter den Raum (Aula eines städtischen Gymnasiums). Durch eine einstweilige Verfügung, die der Veranstalter bei Gericht erwirkte, wurde die Stadt je-

doch gezwungen, den Mietvertrag einzuhalten.

Um weitere Gegenmaßnahmen planen zu können, fuhren Mitglieder der AAG zu einer Veranstaltung Erlo Stegens nach Limburg, die zwei Tage vor der in Langenfeld stattfand. Da Erlo Stegen auf Grund des Langenfelder Widerstandes gewarnt war, wagte er es nicht, seine Propaganda in der für ihn üblichen Form zu verbreiten.

Tags darauf wurden die Aktionen gegen die am nächsten Tag stattfindende Veranstaltung geplant. Ziel war, möglichst viele Apartheidgegner auf den Plan zu rufen. Um diese Menschen zu mobilisieren, wurde eine schulübergreifende Schülerzeitung verfaßt und an verschiedenen Schulen verteilt. Weiterhin wurden Flugblätter entworfen, die über Stegens Äußerungen informierten und somit die Proteste der AAG begründeten. Diese Flugblät-

ter wurden vor der Veranstaltung verteilt.

Am Abend der Veranstaltung waren circa 500 Apartheidgegner in der Aula, vor der sie schon eine Stunde gewartet hatten, um vor Stegens Anhängern hineinzugelangen. Erlo Stegen wurde von den Leuten aufgefordert, zu den ihm zur Last gelegten Beschuldigungen Stellung zu nehmen. Doch dies unterblieb trotz mehrmaligem Nachfragen. Er behauptete, Apartheid sei Sünde, jedoch größtenteils abgeschafft.

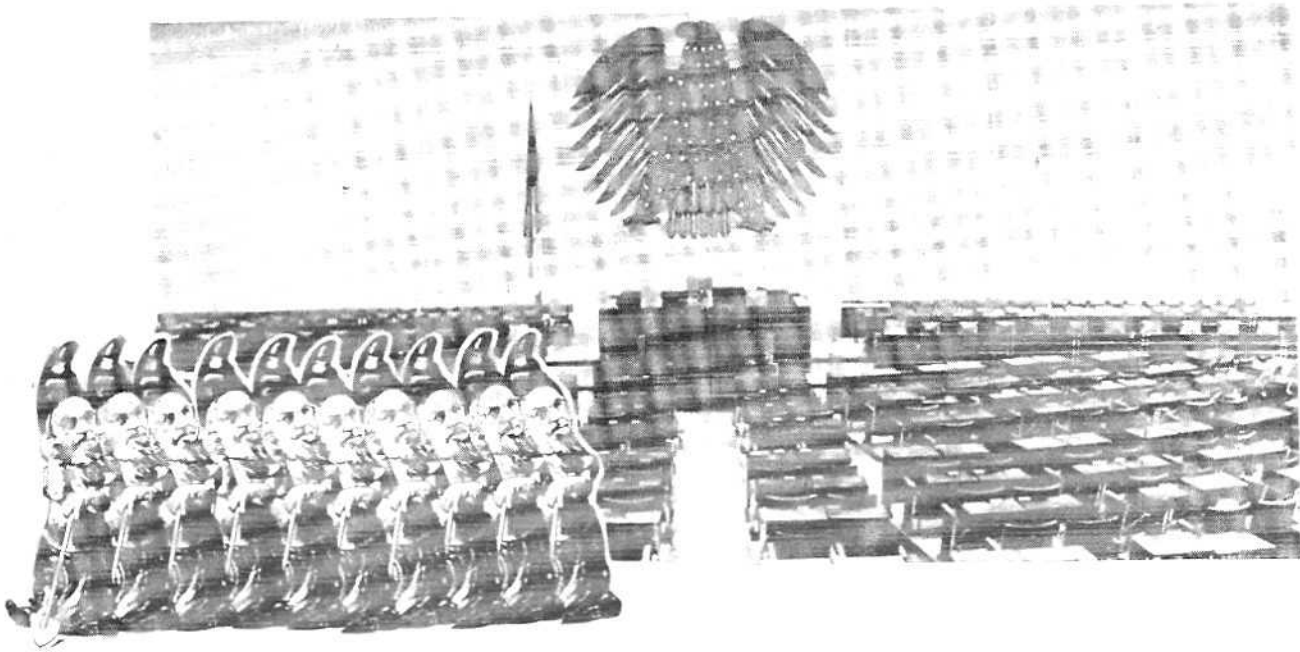
Auch auf der zweiten Veranstaltung waren 500 Apartheidgegner erschienen. Vor Beginn der Veranstaltung einigte man sich mit Erlo Stegen, daß zunächst er seine Veranstaltung abhalten könne und dann zur Beantwortung von Fragen bereit sei. Diese Abmachung wurde vom Publikum zunächst akzeptiert. Doch als sich provozierende und diskriminierende Äußerungen häuften (z.B. Homosexualität sei Sünde), war die Menge nicht bereit, diese Behauptungen zu tolerieren und protestierte scharf. Vom Publikum, unter dem sich auch einige Kirchenvertreter befanden, gestellte Fragen blieben unbeantwortet. Ein weißer Südafrikaner, der zu Stegens Anhängern gehörte, wollte anhand seiner kleinen Mischlingstochter das gute Zusammenleben von schwarz und weiß demonstrieren. Er wollte damit offensichtlich das Publikum auf emotionalem Weg zugunsten Stegens manipulieren.

Der AAG war es gelungen, einen schwarzen Südafrikaner für die Protestaktion zu gewinnen. Er konnte Stegens Behauptungen auf Grund eigener Erfahrungen fundiert widerlegen. Doch als er das Wort ergreifen wollte, wurde er von Stegens Anhängern am Sprechen gehindert. Der Veranstalter stellte das Mikrophon ab und erklärte die Veranstaltung abrupt für beendet. Der Vorschlag der AAG, eine ruhige Diskussion zu führen, wurde von Erlo Stegen strikt abgelehnt. Der Versuch des Schwarzen, dem Publikum trotzdem seine Erfahrungen zu schildern, wurde von Stegens Anhängern durch das Anstimmen frommer Lieder verhindert. Die Apartheidgegner verließen aufgebracht den Saal und setzten ihre Veranstaltung (Vorträge diverser gegen das Apartheidregime arbeitender Menschen zur aktuellen Situation) unter freiem Himmel fort. Dies war die größte Anti-Apartheid-Veranstaltung, die bisher in Langenfeld stattgefunden hat.

Stefanie Heß/Julia Klewinghaus

40 Jahre Grundgesetz

Perspektiven für eine alternde Verfassung



Das Festprogramm der Bundesregierung:

»1949-1989 — 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland — 40 Jahre Frieden und Freiheit«, sind die Überschriften des Kampagnenvorschlags aus der Feder des Innenstaatssekretärs Horst Waffenschmidt (CDU). Der danach geplante Werbeaufwand ist ähnlich gigantisch wie bei der Volkszählung. Selbst ein peppiges Identifikationsymbol für das Jubiläum — eine »40« von einem geschwungenen schwarz-rot-goldenen Band durchzogen — ist schon entworfen worden.

Daß mit »Frieden und Freiheit« ausgerechnet der CDU-Slogan im Kohl-Wahlkampf 1976 getroffen wurde, ist kein peinliches Ver-

Im Mai 1989 wird das Grundgesetz 40 Jahre alt. Für die Bundesregierung eine willkommene Gelegenheit, ihr Image durch ein buntes Festprogramm aufzubessern.

sehen, sondern offensichtlich dreiste Absicht. Denn auch die inhaltlichen Vorschläge drängen die Vermutung auf, daß in erster Linie 40 Jahre CDU-Staat gefeiert werden sollen.

Zu den geplanten Jubiläumsthemen gehören z.B. »Erfolg und Herausforderung« sozialer Sicherung und der sozialen Marktwirtschaft, die »Eingliederung und Aufbauleistung der Vertriebenen und Flüchtlinge«, »lebenswertes Gemeinwesen«, oder »Einheit der Nation, europäischer Auftrag«. Kurzum: Eine Mischung aus CDU-Ideologie und plumpem Optimismus. Daneben

der übliche Feierklimbim: Gedenkmünze, Gedenkbriefmarke, Wettbewerbe, Ausstellungen bis hin zum Festakt. Kritische Untertöne fehlen völlig.

Mag das Grundgesetz feiern, wer will — ärgerlich bei den Planungen für 1989 ist nur die dreiste Instrumentalisierung des »Jubiläums« für die Selbstdarstellung der Bundesregierung. Eine kritische Bestandsaufnahme des Zustands des Bonner Grundgesetzes nach 40 Jahren wäre weitaus nützlicher als blindes Feiern, das Kritik ausblendet. Die Kampagne der Bundesregierung ignoriert die Veränderungen, die das

Grundgesetz seit 1949 erfahren hat. Wehr-, Finanz- und Notstandsverfassungsbestimmungen sind hinzugekommen und haben das Bild der bundesdeutschen Verfassung nachhaltig verändert. Politische Ereignisse haben in Kombination mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts immer wieder zu gravierenden Uminterpretationen des Grundgesetzes geführt. Dabei ist das Bild nicht einheitlich: Das Spektrum reicht von destruktiven Veränderungen wie der weitgehenden Aushebelung des Post- und Fernmeldegeheimnisses durch das G-10-Gesetz und die Relativierung des Art. 10 durch den abgeänderten zweiten Absatz bis hin zu konstruktiven Elementen wie der Neuschaffung eines Grundrechts auf »infor-

SZ, 12.7.: 390 Jugendliche aus 17 Nationen treffen sich zum jährlichen Jugendbegegnungs-Zeltlager Dachau, das im benachbarten Karlsfeld stattfindet, da die Gemeinde Dachau erstmals kein Gelände zur Verfügung stellte.

Tsp, 26.7.: Einer Berliner Disco wird die Konzession entzogen »wegen rassendiskriminierenden Maßnahmen«.

SZ, 27.7.: Nach Erkenntnissen eines SPD-Abgeordneten inseriert der bayerische Verfassungsschutz als »auf-

Eine Republik bereitet sich auf ihr Jubiläum vor. 40 Jahre Grundgesetz, 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland, sollen am 23. Mai 1989 gefeiert werden und die Vorbereitungen laufen bereits

auf vollen Touren. Unter Edmund Stoibers Motto, »Die Verfassung elastisch auslegen«, werden tagtäglich Dehnübungen gemacht, tagtäglich in den Zeitungen nachzulesen.

strebende Detekti-«, um Spitzel für den WAA-Widerstand anzuwerben.

taz, 29.7.: Die NPD will bei der neu eingerichteten Alliierten Beschwerdestelle in Berlin (West) erreichen, daß sie wieder öffentlich agieren und agitieren kann.

taz, 1.8.: Als Beweismaterial gegen die Berliner Polizei-Sondereinheit »EbLT« wird WAA-Fotomaterial der »Mittelbayerischen Zeitung« beschlagnahmt.

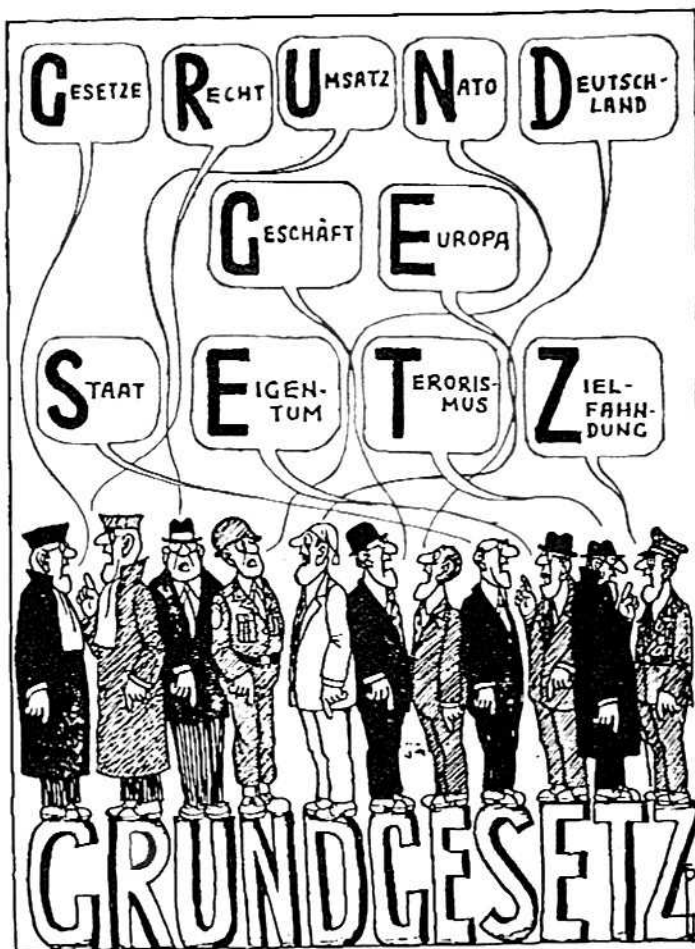
taz, 3.8.: Als »unbegründet« wurde die Verfassungsbeschwerde einer

Tag für Tag

mationelle Selbstbestimmung« durch das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang der gescheiterten Volkszählung 1983. Es besteht demnach allenfalls ein Grund zur Nachdenklichkeit, nicht aber zum euphorischen Feiern.

Grundsatzdiskussion oder Gegenprogramm — Die Reaktion der bundesdeutschen Linken auf »40 Jahre Grundgesetz«

Auch vergangene Grundgesetzjubiläen sind von der bundesdeutschen Linken und von der Bürgerrechtsbewegung politisch aufgearbeitet worden. Dabei wurden zwei unterschiedliche Strategien verfolgt, die ihren Schatten auch für 1989 vorauswerfen: Zum einen wurde eine breite Grundsatzdiskussion über den Stellenwert des Grundgesetzes, seine Entwicklung seit 1949 und über die Notwendigkeit einer Verfassungsrevision geführt. Erstaunlich ist dabei, wie wenig sich die Akzente der Diskussion verschoben haben. Allenfalls die Rolle neuer Informationstechnologien beim Grundrechtsabbau hat die Palette der Diskussionsthemen in den letzten 15 Jahren erweitert. Auch 1974 (25 Jahre Grundgesetz) und 1979 (30 Jahre) standen schon Themen wie Zentralismus contra Basisdemokratie, die politische Rolle des Bundesverfassungsgerichts und Verfassungsaushöhlung durch Exekutivpraxis (Polizei, Berufsverbote etc.) im Mittelpunkt der Diskussion.¹ Diese Grundsatzdiskussion war nützlich und hat auch Denkanstöße für politisches Handeln vermittelt. Ein breiter Konsens konnte und kann hier jedoch schon allein wegen der unüberbrückbaren Gegensätze des Staatsverständnisses linker Gruppen nicht hergestellt werden. Dennoch wird diese (keineswegs nutzlose) Grundsatzdis-



kussion — provoziert durch die Plattituden der staatlichen Feiern — auch 1989 wieder ein Rolle spielen.

Daneben haben vergangene Grundgesetzjubiläen linkes Gegenprogramm provoziert. Denn auch sozialliberale Regierungen nutzten diese Jubeljahre, um weniger das Grundgesetz als vielmehr sich und ihre Politik feiern zu lassen. (...) Das 30jährige Jubiläum des Inkrafttretens dieser Verfassung am 23. Mai darf nicht zu unkritischer Betrachtung führen. Wahrung und Verwirklichung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit sind derzeit stärker bedroht denn je: Grund genug, nicht nur Bilanz zu ziehen, sondern auch Perspektiven zur

Umkehr dieser Entwicklung zu suchen«, heißt es in der Einleitung eines Jungdemokraten-Readers für das Jubiläumsjahr 1979.

Den Publicity-Effekt von Gegenveranstaltungen eingerechnet, gibt es auch für 1989 Anlaß genug, den offiziellen Feiertropfen zu stören.

Zwischen Kampf um Verfassungspositionen und Verfassungsreform — Perspektiven für eine alternde Verfassung?

Bauchschmerzen bereitet allenfalls ein anderer Aspekt dieses Jubiläums: Lohnt es sich überhaupt noch, um diese alternde Verfassung zu kämpfen?

In dieser Diskussion sind die Ebenen von Wünschbarkeit und Machbarkeit zu unterscheiden. Wünschbar wäre selbstverständlich eine Totalrevision der Verfassung unter radikal-demokratischen Maßstäben. Vom Umweltschutz bis zum Ausbau der Grundrechte und zum Völkerrecht wären hier viele wichtige Akzente zu setzen. Die Diskussion über solche Projekte braucht auch nicht gescheut zu werden — nur wird sie rein akademisch bleiben. Denn auch auf längere Sicht wird es keine Mehrheit für eine neue, radikal-demokratische Verfassung geben.

Solange aber bleibt die Diskussion einer Totalrevision der Verfassung auch gefährlich. Denn durchsetzen wird sich im Zweifel die Bundestagsmehrheit, die — egal, ob rechts oder sozialdemokratisch — keine großen gesellschaftlichen Fortschritte erwarten läßt. Die von der derzeitigen Rechtsregierung betriebene Aufnahme des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz zum Beispiel verwässert wegen der zwangsläufig mit einzufügenden Relativierungen den zentralen Art. 20 (Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip, Widerstandsrecht etc.). Ein Umweltschutz-Grundrecht, das einklagbare Rechte schüfe, wird hingegen nicht eingeführt.

So bleibt nichts anderes übrig, als auch weiterhin um fortschrittliche Positionen in dieser alternden Verfassung zu kämpfen. Überbewertet werden darf aber auch das nicht: denn zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit können nun mal tiefe Gräben klaffen. Auch im Jubiläum 1989. Hartmut Aden

BAK Grund- und Freiheitsrechte

¹ Vgl. z.B. Demokratie und Recht, Heft 2/74; Vorgänge Heft 37, 1979; Däubler/Küsel (Hg.), Verfassungsgericht und Politik, Reinbek 1979

Abtreibungsgegnerin zurückgewiesen, die durch die Finanzierung von Abtreibungen durch Krankenkassen ihre Grundrechte verletzt sah.

taz, 4.8.: 30 Homosexuelle werden in Berlin von US-amerikanischer Militärpolizei vom »deutsch-amerikanischen Volksfest« verwiesen, für das unter dem Titel »Dallas in Dahlem« geworben wurde.

SZ, 4.8.: »Lex Wackersdorf: Haft ohne Grund«, nennt der SZ-Kommentar Bayerns Absicht, die mögliche Dauer der Vorbeugehaft von zwei auf

vierzehn Tage zu verlängern.

Tsp, 5.8.: Die Union lehnte eine Wahl des Datenschutzbeauftragten durch den Bundestag ab und kündigt dafür für den Rest der Legislaturperiode noch »rund ein Dutzend« Gesetze zum Datenschutz an.

taz, 5.8.: Manfred Such, Sprecher der AG »Kritische Polizisten«, ist als Kripo-Chef von Werl »nicht tragbar« und wird versetzt. Regierungspräsident Günter Schläger (SPD), der allerdings seine Anzeige wegen Beleidigung und übler Nachrede zurückge-

zogen hat, nahm Anstoß an Suchs Äußerungen über »fast tägliche« Rechtsverstöße durch Polizisten.

Tsp, 7.8.: Jugendliche aus der Nachbarschaft stürmen in Frankfurt-Bockenheim einen NPD-Stand.

SZ, 8.8.: Degradiert wurde er und das Kultusministerium befand ihn für »ungeeignet« für den Geschichtsunterricht, aber weiterbeschäftigt wird er trotzdem. Der 49jährige Nürnberger Lehrer, der öffentlich Zweifel an der Kriegsschuld und den Konzentrationslagern äußerte.

taz, 8.8.: Vor der Berliner Daimler-Benz-Niederlassung wurden von 50 Teilnehmern einer »anti-imperialistischen Stadtrundfahrt« von der Polizei die Personalien überprüft.

SZ, 10.8.: Das Verwaltungsgericht Würzburg entscheidet in einem Grundsatzurteil, daß Asylanten in der Regel die gleichen Ansprüche auf Sozialhilfe haben wie Deutsche.

taz, 18.8.: Mit nach Hause nehmen Beamte der Berliner Steuerverwaltung dienstliche Unterlagen und geben sie in ihre privaten Computer

Volksentscheid

»Sind Sie Anarchist?«

»Sind Sie Anarchist oder woher kommt das?« fragte eine Passantin den Fahrer des blauen Doppeldeckers, als dieser meinte, alle Staatsgewalt gehe vom Volke aus und solle von diesem in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt werden. Dem verschlug es die Sprache — stand er doch gerade einmal so richtig fest auf

Mit einem bei den Berliner Verkehrsbetrieben ausrangierten Doppeldeckerbus, gestaltet von Beuys-Schüler Johann Stüttgen, der dieses »Kunstwerk auf Rädern«, den Omnibus für Direkte Demokratie, erstmals auf der documenta 8 in Kassel vorstellte, zieht die bundesweite Initiative »Volksentscheid zum 23. Mai 1989« durch die Lande. Sie will zum 40. Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes in einer »selbstorganisierten Volksabstimmung dokumentieren, wieviele Menschen das Recht auf unmittelbare Gestaltung der Gesellschaft einfordern«.

Was in einigen europäischen Ländern praktiziert wird — Volksbegehren und Volksentscheid — wird den Bundesdeutschen seit 1949, obwohl verfassungsmäßig garantiert, verweigert; das Recht, in Sachfragen direkt und selbst zu entscheiden. Bis heute fehlen die Ausführungsbestimmungen für bundesweite Abstimmungen, die in Artikel 20 GG garantiert werden. Die Angst vor der Manipulier- und Emotionalisierbarkeit des Volkes scheint ein Hauptmotiv dafür zu sein, daß bis zum heutigen Tag Volksentscheide auf Bundesebene abgelehnt werden.

Unter dem Eindruck des Dritten Reiches berurteilten auch die Mitglieder des Parlamentarischen Rates die Frage von Volksentscheiden eher skeptisch. Von Brentano brachte 1949 den Antrag ein, den Begriff »Abstimmungen« aus Artikel 20 zu streichen, und auch Heuss

war als entschiedener Gegner von Volksabstimmungen bekannt. Bis heute gängiges Argument gegen Plebiszite sind die »bitteren Erfahrungen von Weimar« und das daraus resultierende Dritte Reich. Stets wird ignoriert, daß die Nationalsozialisten in ihrem einzigen Versuch, einen Erfolg durch Volksentscheid zu erlangen, 1929 kläglich scheiterten (und das, obwohl es um die Frage der Reparationszahlungen ging, die für die Bevölkerung ein schwerwiegendes Problem darstellten). Die Macht erlangten die Nationalsozialisten durch das Ermächtigungsgesetz — auf dem parlamentarischen Weg. Doch keiner hat bisher »wegen dieser bitteren Erfahrungen« die Abschaffung von Parlamenten gefordert.

Denn eng verbunden mit der Angst vor Volksentscheiden ist der Glaube an die Kompetenz und Sachkunde der Parlamentarier: »Ich fürchte, daß das Volk immer weniger fähig sein wird, die Dinge in die Hand zu nehmen ... Die Verhältnisse, in denen sich menschliches Leben gestaltet, werden für den einzelnen immer unüberschaubarer und undurchsichtiger ... Wer früher ein Gewehr nicht von einem Säbel unterscheiden konnte, redet heute über Megatonnen Zerstörungskraft daher, als hätte er eine Generalstabsausbildung genossen.« So der ehemalige Verfassungshüter Benda in einem Spiegel-Interview vom 18.1.1984. Franz-Josef Strauß war da schon offener, wenn er bundesdeutsche Volksherrschaft

dem Boden des Grundgesetzes. Denn um die Einforderung eines sogar verfassungsmäßig garantierten Rechtes geht es der Initiative »Volksentscheid zum 23. Mai 1989«, die auf Einladung der Jungdemokraten Rheinland-Pfalz und anderer nach Mainz gekommen war.

kommentierte. Zur Frage der Wiederbewaffnung und den Eintritt in die NATO erklärte dieser 1976 im *Bayernkurier*: »Wenn wir damals gefragt hätten ... dann hätten wir bis heute keine einzige Kompanie der Bundeswehr stehen.« Denn gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wurden Wiederbewaffnung und Eintritt in die NATO durchgesetzt. Im Januar 1950 erklärten sich bei einer *Emnid*-Umfrage ca. 75 % gegen eine Wiederbewaffnung, 14 % waren unentschieden und nur 10 % waren dafür (darunter eben auch Bundeskanzler Adenauer).

Seit den fünfziger Jahren versuchen außerparlamentarische Bewegun-

die Repräsentanten, in den Parlamenten vom Souverän unkontrollierbar, was sie wollen. Daß es dabei wenig um Sachkunde und Kompetenz geht, weiß man nicht erst seit Flick. Die Kompetenz, die Benda den Volksvertretern unterstellt, hält keiner Überprüfung stand. Das zeigt sich u.a. in der Zerstörung der Umwelt, Wahnsinnsrüstung in Ost und West, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Ein Bundesabstimmungsgesetz gibt den Bürgern ein Instrument in die Hand, in wesentlichen Grundsatzzfragen, verbindliche Entscheidungen — gegen parlamentarische Mehrheiten — herbeizuführen. Die Initiative Volksentscheid hat



gen Entscheidungen in Parlamenten zu beeinflussen bzw. zu verhindern — und das ohne großen Erfolg. Alle vier Jahre mit Blankovollmachten ausgestattet, treiben

konkrete Vorschläge erarbeitet. Nach ihren Vorstellungen sollen Volksentscheide über ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dieses kann dann eingeleitet werden,

ein.

Zeit, 19.8.: »Klassisches Dementi« nennt *Die Zeit* den Brief des Pressesprechers des Verteidigungsministeriums, der dementiert, daß es »ein Amtshilfeabkommen ... mit den Innenbehörden für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf gibt« und zugleich »eine Übereinkunft mit dem Bundesminister des Innern« bestätigt, daß »die Amtshilfe für Polizeikräfte des Bundes und der Länder (durch die Bundeswehr, Anm. der Red.) ganz allgemein und grund-

sätzlich regelt«.

SZ, 19.8.: Auch wehrpflichtige Sanitäter und Ärzte, so meint das BVerwG (Bundesverwaltungsgericht), haben künftig Anspruch auf das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Ihren Zivildienst, so ein weiteres Urteil, dürfen sie auch bei Greenpeace machen. Bislang hatte das Bundesamt für den Zivildienst Greenpeace die Anerkennung als Zivildienststelle versagt.

taz, 23.8.: Der Bad Kreuznacher Oberstaatsanwalt Halfmann durchsucht persönlich das *Kastellauner Friedensbüro* auf der Suche nach BlockiererInnen.

FAZ, 27.8.: »Die Bonner Regierungskoalition hat sich vorgenommen, die Gesetzesberatungen über das Artikelgesetz zur inneren Sicherheit, das unter anderem ein strafbewehrtes Verbot der Vermummung von Demonstranten sowie eine befristete Kronzeugenregelung enthält, 'bis zum Frühjahr 1989' im Bundes-

tag zu verabschieden.«

Tsp, 30.8.: Der Berliner Datenschutzbeauftragte kritisiert die Weitergabe von Aufnahmebescheinigungen städtischer Kliniken an die Arbeitgeber der Patienten. Auf den Computerausdrucken ist auch nach Übermalen die Diagnose noch gut lesbar.

taz, 31.8.: Der § 129a (Werbung und Unterstützung für terroristische Vereinigungen) dient, so die Zahlen der vergangenen Jahre, nicht der Einleitung von Strafverfahren, sondern

Skinheads

»... daß halt jeder die Möglichkeit hat, sich irgendwie zu verwirklichen«

Trotzdem macht man es sich mit einer solchen Assoziationskette zu einfach: Weder ist jeder Skinhead ein Neonazi, noch steht hinter jedem nationalistischen Spruch auch ein rechtsradikales Bewußtsein. Es ist sicher nicht einfach zu unterscheiden, wenn einem Leute mit der Hand zum Hitlergruß erhoben gegenüberstehen, was lediglich Provokation ist, oder wo wirklich die Bereitschaft vorhanden ist, ein faschistisches Weltbild offensiv zu vertreten. Unsere Absicht war es, die Widersprüchlichkeiten, aber auch die Anfälligkeiten für rechte Ideologie bei Skins, in dem Gespräch mit Buster (20), Tom (21) und Stefan (21), drei Bielefelder Skins, aufzuzeigen. Es war und ist allerdings nicht un-

Mit ihren kahlgeschorenen Köpfen, grünen Fliegerjacken, arsch- und schenkelbetonten Jeans und wuchtigen Doc-Martin-Stiefeln können Skinheads schon einen bedrohlichen Eindruck erwecken. Schnell läuft die Assoziationskette Uniformierung = faschistische Schlägertruppe ab, wenn man z.B. die Eingliederung von Skinheads in die rechtsradikale »Nationale Front« in England im Hinterkopf hat oder daran denkt, daß Skinheads auch schon mal als Saalschutz für NPD-Veranstaltungen etc. eingesetzt werden.

serer Absicht gewesen, Leuten Munition zu liefern, die Feindbilder benötigen, um die eigene politische und vielleicht auch persönliche Leere zu füllen. Das Gespräch soll die Einsicht ermöglichen helfen, daß nur durch eine beständige Auseinandersetzung und nicht durch Ausgrenzung Einstellungen entgegenwirken werden kann, die von gewalttätiger Freizeitbeschäftigung

bei Fußballspielen, über eine Offenheit für rechte Welterklärungsversuche hin zum Traum einer kleinbürgerlicher Existenz reichen. Doch dieses Einstellungsspektrum ist nichts endgültig Entschiedenes, es ist lose und bestückt mit einem Bedürfnis nach Orientierung. Bei näherem Hinsehen verliert das, was Skins sagen und machen, seinen exotischen Charakter. Es sind vielmehr Verhaltensweisen und Handlungen, denen man an jedem Arbeitsplatz, in jeder Kneipe begegnet — nur vielleicht nicht so akzentuiert.

Pascal Beucker/Peter Laskowski

Forts. Volksentscheid

wenn eine Volksinitiative gescheitert ist. »Volksinitiative« bedeutet, daß mindestens 50000 Stimmberechtigte dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorlegen. Lehnt dieser den Entwurf ab, kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Wenn mindestens eine Million Bürger für eine Abstimmung sind, muß diese durchgeführt werden. Das Mehrheitsvotum der abgegebenen Stimmen ist bei der Abstimmung dann entscheidend. Vor der Abstimmung muß es eine halbjährige Diskussionsphase geben. In allen Massenmedien muß über die Abstimmungsanliegen frei und gleichberechtigt informiert werden können. Besonders der letzte Punkt zeigt die Problematik von Volksentscheiden. Es muß gesetzlich verhindert werden, daß Interessenvertreter mit entsprechendem finanziellem Hintergrund das Informationsspektrum majorisieren (was zum Beispiel in der Schweiz

regelmäßig geschieht). Die Forderung nach Volksentscheiden erfordert daher auch Diskussionen über die Aufgabe der Massenmedien in einer Demokratie.

Ein Bundesabstimmungsgesetz ist nicht der Schlüssel zum Paradies. Es trägt bei zu Politisierung und Handlungsbereitschaft und damit zu gesellschaftlicher Emanzipation, weil es den Bürgern direkte Einwirkungsmöglichkeiten eröffnet. Das Problem der Durchsetzbarkeit liegt nicht in verfassungsrechtlichen Vorbehalten, auch nicht an der Praktikabilität solcher Abstimmungen: Es muß durchgesetzt werden, daß das Parlament seine Teilentmachtung beschließt.

Marion Mück-Raah

Wer genauere Informationen über die Initiative haben will, kann sich wenden an »Omnibus für Direkte Demokratie«, Friedrich-Ebert-Straße 175, 3500 Kassel, oder an die DJD-Bundesgeschäftsstelle, Reuterstraße 44, 5300 Bonn 1, Telefon 0228/210952



Was bedeutet eure Skin-Kleidung für euch?

Buster: Mir gefällt das, so herumzulaufen, weil die Leute sagen: oi, was Neues ... Wir haben unsere eigenen Klamotten, haben unsere eigene Art zu leben und sind auch anders drauf. Skins sind eben wieder eine neue Jugendbewegung.

Stefan: Die Kleidung ist Arbeitskleidung. Zum Beispiel die »Doc's« sind englische Arbeitsstiefel.

Wie würdet ihr eure Lebensgefühle beschreiben?

Buster: Wir wissen halt, wo wir hingehören. Wir drücken uns halt nicht nur mit Drogen ständig voll, um dann zu sagen, die Welt ist scheiße — es gibt keine Alternative zu diesem Leben. Skin sein ist zum

Beispiel, ein perveres Gefühl zu haben, frisch rasiert mit einem Kahlkopf in die U-Bahn zu gehen und zu spüren, wie dich die Leute anschauen. Oder in der Masse zusammen, wenn du in der Gruppe bist — das Gruppenfeeling ist eben schon was Spezielles. Wenn zum Beispiel 20 oder 30 Leute auf einmal herumlaufen, brauchen die paar nichts zu machen, die Leute sind total baff und wissen nichts mit uns anzufangen.

Eins der wichtigsten Dinge für euch ist »fun«. Was ist »fun«?

Stefan: Zum Beispiel Schaufenster einschmeißen — und Leute verprügeln kann auch Spaß machen. Nimm mal an beim Fußball, da gibt es eben Leute, die sind genauso wie wir, die kommen nur aus einer anderen Stadt.

Und die haben auch Spaß daran?

der Einschüchterung und Sanktionierung (z.B. Ulla Penselin). Nur in fünf Prozent der Fälle kam es bislang zur Anklage. In fast hundert Prozent kommt es zur öffentlichen »Vorverurteilung«.

FR, 31.8.: Zum zweiten Mal will die Ravensburger Jugendstrafkammer vom Bundesverfassungsgericht wis-

sen, ob die Einbindung des Zivildienstes in die Wehrpflicht verfassungswidrig ist. Das Strafverfahren gegen einen Totalverweigerer wurde deshalb ausgesetzt.

Tsp, 1.9.: Die Überwachung von Arbeitsplätzen mit Videokameras, so das BVG, bedarf der Zustimmung des Betriebsrates (Beruhigend,

Anm. der Red.)

Tsp, 2.9.: »Fehlerhaft« nennt das Berliner Verwaltungsgericht die Weigerung des Verfassungsschutzes, einem Anwaltsbüro die Frage zu beantworten, ob es überwacht worden sei. Der Verfassungsschutz bleibt trotzdem verschwiegen. Dazu titelt der Tagespiegel: »Auch das Verwaltungsge-

richt scheitert am Verfassungsschutz.«

SZ, 3.9.: Eine feine Differenzierung unternimmt der Bayerische Städtetag, für den Aussiedler keine Ausländer und daher unbürokratisch zu behandeln sind.

FR, 7.9.: Versammlungsfreiheit geht vor Sauberkeit, lautet das Urteil

Stefan: Ja, bloß wenn wir auf die treffen, haben wir halt mehr Spaß. Ich bin auch nicht dafür, irgend jemanden zu verprügeln, irgend so einen Idioten, aber die Leute machen es genauso, wenn sie einen von uns erwischen. Das hat sich eben so entwickelt, da kann man halt die Sau am Wochenende herauslassen.

Wenn man die »richtigen« Geg-

nichts gegen Ausländer — mein Vater war Jugoslawe. Aber es gibt zum Beispiel Türken, die sind ganz anders als wir; ich meine, ich könnte nicht mit lauter Pakistani zusammenleben, weil das eben was ganz anderes ist. Wenn es vielleicht weniger gäbe und die mehr integriert wären, nicht so in Ghettos, wo dann jeder sagt, das ist ein Türkenviertel, wenn in jedem Haus vielleicht

irgendwie nicht — aber dann war ich halt doch zu faul zu wählen.

Buster: Wir haben uns noch am Wahltag angerufen und ich habe gesagt: »Ey, du mußt die Grünen wählen.« Ich meine, ich pack die Grünen auch irgendwie nicht, aber ich wähle sie halt. Ich fühle mich dort zwar auch nicht vertreten, aber in anderen Parteien noch weniger.

Was verbindet ihr mit dem Begriff »Deutsche Nation«? Wie steht ihr dazu?

Buster: Ich meine, ich muß dazu stehen, weil ich in diesem Land lebe.

Tom: Mein bißchen Nationalstolz ist doch gut, oder? Die Engländer können halt ihre Nationalstolz zeigen, weil sie halt gegen Adolf gekämpft haben.

Buster: Obwohl ich zugebe, daß wenn du auf irgendeinem Konzert »Sieg heil« brüllst, die Leute halt aussteigen und so. Für mich ist es halt auch nur Provokation, aber von den meisten Leuten wird es eben nicht als Provokation ausgelegt. Die sehen halt Skins, die »Sieg Heil« brüllen — Faschisten, ganz klar. Aber ob jemand Faschist ist, das kann ich nicht an zwei Worten festmachen, und das ist das Problem.

Und warum brüllt ihr »Sieg Heil«?

Buster: Ganz einfach, weil das so was anderes ist. Früher war ich mal ein echter absoluter Anarcho. Ich war recht dick mit den Autonomen zusammen, aber ich steig halt nicht mehr so drauf ein, weil die halt genauso in ihrem Level drinleben. Und dann lebe ich halt woanders, genauso in meinem Level drin und habe aber mehr coole Leute um mich rum und nicht irgendwelche Leute, die das immer erst »abwägen« müssen.

Glaubt ihr, daß Skins von irgendwelchen Leuten als Schlägertrupps genutzt werden können?

Buster: Sicherlich — aber wenn du den Leuten dann bewußt machst, daß du nur der nützliche Idiot Deutschlands bist, und nicht Moskaus, sondern *Deutschlands*, dann checken die das schon. Ich hätte da überhaupt keinen Bock drauf, und

da steig ich auch überhaupt nicht ein und ich glaub, die anderen auch nicht. Wir sind schon ein paar mal gefragt worden, ob wir nicht Ordner auf einer NPD-Demo machen wollen — mach ich nicht, wieso auch?

Würden die Skins mitmarschieren, wenn die NPD eine Demonstration machen würde — zum Beispiel gegen Ausländer?

Stefan: Ich könnte mir vorstellen, daß es da Skins gibt, die mitlaufen. Wenn ich an Hamburg oder Frankfurt denke, glaube ich, daß die da mitlaufen.

Was für Träume, Ideale, Utopien habt ihr?

Stefan: So direkt, daß ich was politisch ändern will, habe ich eigentlich nichts. Ich meine, ich würde schon mehr Wert auf Umweltschutz und so legen, und vielleicht bessere Arbeitsplätze ... sowas stelle ich mir vor. Aber ich bin eben politisch nicht irgendwo aktiv. Mal sehen, daß ich das Beste für mich raushole.

Tom: Ich denke, es wäre nicht schlecht, irgendwann nicht mehr arbeitslos zu sein.

Buster: Unter meiner persönlichen Zukunft habe ich mir vorgestellt, daß ich mit ein paar Glatzköpfen eine Kneipe aufmache und einen Laden, wo Skins ihre Klamotten kaufen können. Also in gewisser Beziehung kleinbürgerlich, durchaus. Ich habe nicht vor, eine große Revolution zu starten, weil eine Revolution immer zu Lasten des Volkes geht und das will ich nicht. Ich will, daß halt jeder die Möglichkeit hat, sich irgendwie zu verwirklichen. Einer findet es halt geil, wenn er eine Frau und zwei Kinder hat, und wir finden es halt geil, wenn wir unsere eigene Freiheit haben und von niemand — ganz egal von wem — abhängig sind.

Aber wenn das so weiter geht mit der Krise und so, dann kommt es vor allem drauf an, daß die Leute zusammenhalten und einen, der halt nichts mehr verdient, mit durchzubringen. Dann wird sich beweisen, ob die Skins beisammen bleiben oder ob sie sich spalten lassen. Denn Skin sein ist für mich mehr Menschlichkeit als Politik.



Bielefelder Neonazis beobachten Demonstranten

ner nicht erwischen kann, dann muß man sich andere suchen, die man kriegen kann?

Stefan: Ja, sonst würde man die ganze Zeit bloß trübsinnig rumhängen. Die ganze Langeweile! Du langweilst dich die ganze Zeit — die ganze Woche hast du nichts Gescheites zu tun, und samstags beim Fußball wird eben richtig gefeiert, du bist mit den Kumpels zusammen, und abends geht's dann in die Kneipe und so.

Und wie ist das mit den Ausländern? Wann immer wir was von Skins hören, steht es meistens im Zusammenhang mit ausländerfeindlichen Aktionen.

Stefan: Mir nimmt kein Ausländer die Arbeit weg, weil die Arbeit, die die größtenteils machen müssen, die möchte ich sowieso nicht machen. Ich habe auch grundsätzlich

nur eine Türkenfamilie wohnen würde, dann wäre das auch ganz anders mit der Ausländerfeindlichkeit.

Könnt ihr euch vorstellen, wie die Assoziationskette Skinheads gleich Faschisten zustandekommen kann?

Buster: Die Skins in England sind unheimlich nationalistisch, das sind schon »hard-core«-Leute, die zum Beispiel sagen: »English government, english rules, english rose will never die!« Wenn wir so was sagen würden, würden wir gleich in die rechte Ecke gedrängt und mit einem übersteigerten Nationalgefühl beschrieben werden. Wir werden ja auch in eine rechte Ecke gedrängt.

Tom: Dabei hätte ich letztes Mal fast SPD gewählt, weil ich wußte, die NPD oder die CDU checkt es

wurde.

taz, 9.9.: Bundesweit wurden 30 Wohnungen durchsucht. Rechtsgrundlage: siehe 31.8.

Zeit, 16.9.: Im Wendland, rund um Gorleben, werden im öffentlich-rechtlichen Bereich keine Gegner von Atomanlagen eingestellt.

des BVerwG zur Rechnung der Stadt Bonn für die demonstrierenden Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS).

SZ, 8.9.: Nicht mit Sicherheit ausschließen mag der niedersächsische Innenminister Hasselmann (CDU), daß der SPD-Politiker Schröder von Verfassungsschützern observiert

taz, 16.9.: Wer in Fulda sein Recht auf Sozialhilfe beantragt, muß auf sein »informationelles Selbstbestimmungsrecht verzichten«. Nur wer »behandelnde Ärzte, Kliniken und ärztliche Gutachter ... von der ärztlichen Schweigepflicht« entbindet, darf auf die Bearbeitung des Sozialhilfeantrags hoffen.

SZ, 20.9.: Der baden-württembergischen Datenschützerin wird vom Innenministerium Kontrollen im Landeskriminalamt untersagt.

Tsp, 20.9.: In München werden erste Ergebnisse der Volkszählung veröffentlicht. Die Bayern sind damit, 16 Monate nach dem Stichtag, die ersten in der BRD.

summer-event

Diesen Sommer fand in Döbriach am Millstätter See das erste Sommerlager der Gesamteuropäischen Jugendstruktur (framework) statt. Seit der Reaktivierung der frameworks war dies das erste große Ereignis mit der Möglichkeit der Teilnahme von Basismitgliedern der beteiligten Organisationen.

Jeder Tag stand unter einem bestimmten Thema, das am Morgen im Plenum vorgestellt wurde. Dort wurden ebenfalls die anschließenden Arbeitsgruppen vorgeschlagen und diskutiert. Die Oberthemen der vier Tage waren Frieden und Abrüstung, Menschenrechte, Ökologie und Jugendbeteiligung + Zukunft.

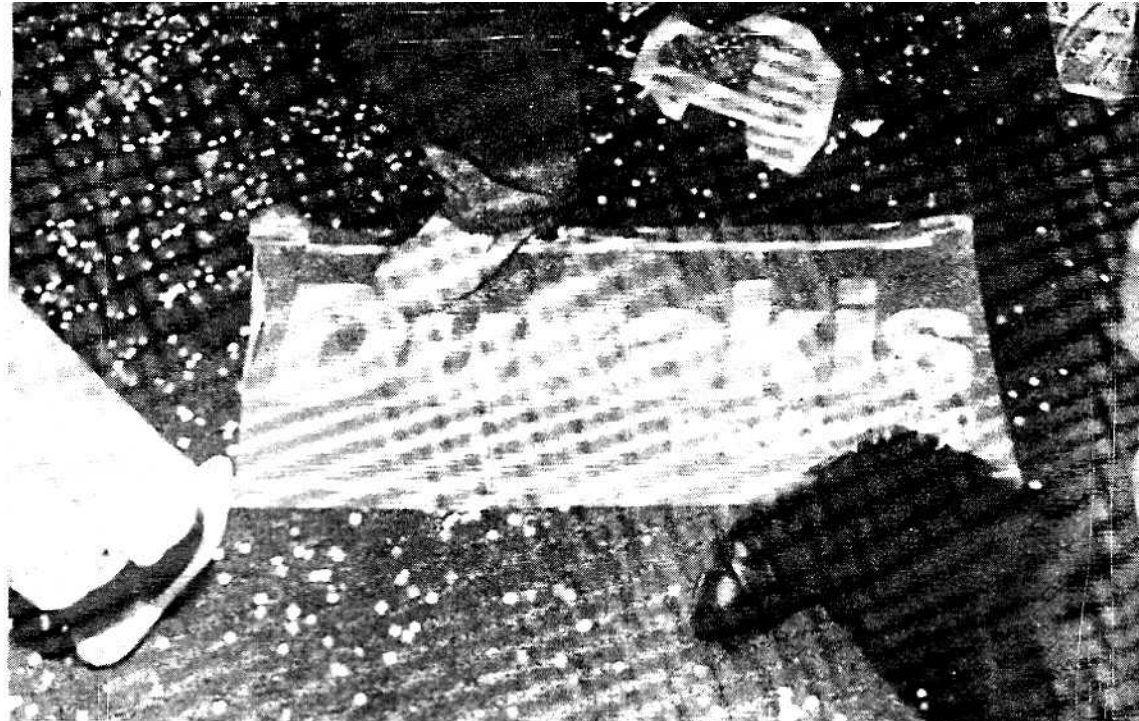
Neben diesem offiziellen Programm gab es noch Möglichkeiten, kleinerer Arbeitsgruppen und Aktionen zu organisieren, dies gab es z.B. zu Themen wie Frauen und Südafrika. Wie bei einem Zusammentreffen von Vertretern von kommunistischen, sozialistischen, liberalen und radikalen, konservativen und auch kulturellen Jugendorganisationen leicht vorstellbar, waren die Diskussionen meist lebhaft und kontrovers. Daß sich aber nicht nur alte framework-Kämpfer Wortgefechte lieferten, wirkte sich sehr positiv aus, langweilig waren die Gespräche selten.

Außer diesem Programm gab es zahlreiche Möglichkeiten für andere Aktivitäten. Es konnten Fahrräder ausgeliehen, an kostenlosen Bustouren teilgenommen, T-Shirts bedruckt, gemalt, ... werden. Und der Strand des Millstätter Sees war nur wenige Minuten entfernt. Abends wurde an verschiedenen Lagerfeuern in den Zeltdörfern oder in der open-air-Kneipe diskutiert, gesungen und getrunken. Neben einer Moonlight-Party auf zwei Schiffen waren die Fußballspiele der Höhepunkt der Freizeitaktivitäten.

Abends wurde in einem Video über alle Tagesaktivitäten berichtet, ebenso im camp-radio und in der Zeitung, in der auch alle Organisationen die Möglichkeit hatten, sich vorzustellen.

Besonders positiv war der große Anteil von sogenannten *grassroots* an den 700 Teilnehmern. Es wird bereits überlegt, im nächsten Jahr ein ähnliches Ereignis durchzuführen, vielleicht in Ungarn.

Imke Roebken



Dieses Jahr ist ein Wahljahr für viele Länder der Welt: Israel, Chile und die Vereinigten Staaten, um nur einige zu nennen. Jede dieser Wahlen hat sowohl für diese Länder selbst als auch weltweite Bedeutung.

In Israel wird das Wahlergebnis die Zukunft der Palästinenser direkt mitbestimmen; das chilenische Votum ist Voraussetzung für die mögliche Wiederherstellung der Demokratie; in den USA jedoch scheinen die Wahlen keine Weichenstellung zu sein.

In den letzten acht Jahren haben wir mit einer konservativen Reagan-Regierung gelebt. Nur wenige der unter 30jährigen können sich an eine andere US-Regierung erinnern

US-Wahlen 88

— in diesem Jahr haben wir die Möglichkeit, dies zu ändern. Obwohl die jungen Amerikaner unter konservativen Vorzeichen aufwachsen, sind sie in ihrer Mehrheit liberal (Anm. der Red.: Der Begriff »liberal« bezeichnet in den USA eine deutlich von der Mehrheit abweichende »linke« Einstellung). Es ist an der Jugend, die die stärkste Wählergruppe stellt, Michael Dukakis ins Weiße Haus zu bringen. Mit einem Präsidenten Dukakis werden sich die Vereinigten Staaten wieder als ein Land zeigen, in dem

die Menschen Vorrang vor dem Militär haben werden, daß die Bildung fördern, Kriminalität und Drogen effektiv bekämpfen und das Defizit (Anm. der Red.: von Haushalt und Handelsbilanz) verringern wird. Ein starker Präsident im Inneren wird auch unsere auswärtigen Beziehungen voranbringen und so zu einem ebenso erkennbaren und bedeutsamen Ergebnis führen wie die Wahlen in Chile und Israel.

Rachelle J. Jailer

Vorsitzende von Youth for Democratic Action (USA)

Eine Delegation des Bundesverbandes wird in der ersten Dezieberhälfte in die USA reisen. Informationen und Anmeldung: Bundesgeschäftsstelle.

Aktionstag 15. November

»Ächtet das Ceaucescu-Regime« ist das Motto eines Aktionstages, zu dem auch die Bundesverbände der Jungdemokraten und der RSG aufrufen. Anlaß ist der erste Jahrestag des Arbeiteraufstandes von Kronstadt/Brasov.

Am Wochenende zuvor, dem 12. und 13. November, wird in Berlin ein Seminar des LV Berlin über die Situation in Rumänien informieren. Unter anderem Gisela Langhof von der amnesty-Koordinationsgruppe Rumänien und Helmut Frauendorfer, Exil-Rumäne und einer der Organisatoren des Aktionstags, werden über die Geschichte und das jetzige politische und Herrschaftssystem Rumäniens, die Menschenrechtssituation, die Si-

tuation der Frauen in Rumänien und die aktuellen Entwicklungen informieren.

Auch für dieses Seminar hat der LV Berlin wieder ein Materialpaket zusammengestellt, das für fünf DM allen Interessierten zugesandt wird.

Das für den Oktober vereinbarte

Die Lücke (3-Teil):

In der Lücke liegt die Tücke ©88

gemeinsame Seminar mit dem rumänischen Jugendverband UTC zu »Menschenrechte in der BRD und der SR Rumänien« war kurzfristig von UTC abgesagt worden — Termenschwierigkeiten.

Studenten reisen

Einen regelmäßigen Austausch wird es künftig zwischen den Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG) und den StudentInnen im Jugendverband der CSSR, SSM, geben.

Dies vereinbarte eine vierköpfige Bundesvorstandsdelegation der RSG während ihres Aufenthalts in Prag im September. Jährlich sollen zwei gemeinsame Seminare in der CSSR und der Bundesrepublik durchgeführt werden, an denen jeweils sieben, acht StudentInnen beider Organisationen teilnehmen werden. Das erste Seminar wird im Frühjahr in der BRD zum Thema »Gentechnik und Gesellschaft« stattfinden.

Chile

Das Leiden hat schon zu lange gedauert

Angesichts der Volksabstimmung vom 5. Oktober ist Chile wieder in die Schlagzeilen geraten. Die Atmosphäre im Land ist geprägt durch eine Mischung aus Unsicherheit und verhaltenem Optimismus. Man hoffte, daß die Volksabstimmung frei und fair verlaufen wird. Zweifel daran, daß die Stimmabgabe geheim bleibt oder die Auszählung der Stimmen nicht korrekt erfolgt, hätten die Chancen der Pinochet-Gegner stark beeinträchtigt. Denn man benötigt einen unerschütterlichen Optimismus, um die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sich ein Diktator wie Pinochet an die Spielregeln hält. Darüber hinaus hatte das Regime kein Interesse, Gerüchte zu dementieren, daß die Wahlen nicht geheim sein würden.

Während eine Minderheit Zweifel hinsichtlich des Ausgangs des Plebiszit hatte, hegte die Mehrzahl der Chilenen große Erwartungen. Ein erstaunlich hoher Anteil — nahezu 90 % — hatte sich dem komplizierten Prozeß der Registrierung in Wählerlisten unterzogen. Dies ist mehr als jemals vor 1973 und bedeutete einen zusätzlichen Vertrauensschub für die Opposition. Soziale und kirchliche Gruppen klärten die Wähler über den Wahlmodus und die Bedeutung ihrer Voten auf. Nach dem gegenwärtigen Gesetz hätte ein Ja acht weitere Jahre für Pinochet bedeutet, während das Nein eine einjährige Übergangsfrist bis zu freien Wahlen zur Folge hat.

Es gibt in Chile eine starke demokratische Tradition, aber beinahe eine ganze Generation hat noch nie wählen können. Die Fernsehbilder, die uns Bilder von Demonstrationen zeigten, bestärken uns in unserer naiven Vorstellung einer Diktatur. Dabei macht Santiago auf den ersten Blick den Eindruck einer typischen — wengleich armen und grauen — europäischen Stadt. Es gibt nicht mehr bewaffnete Uniformierte als in Brüssel. Die Diktatur hat in Chile ein gewisses Maß an »Vollkommenheit« erreicht. Ein junger Bürgerrechtsaktivist erklärte uns, daß, nachdem die Herrschaft einmal etabliert sei, das Regime keine Militärs auf den Straßen

In diesem Sommer besuchte eine 24-köpfige IFLRY-Delegation Chile, Paraguay und Argentinien. Die Teilnehmer trafen sich mit einer Reihe von politischen Organisationen und nahmen an diversen Aktivitäten der Liberalen und Radikalen in Chile und Paraguay teil. IFLRY-Generalsekretär Andrew Anderson beschreibt im folgenden seine Eindrücke der Situation in Chile.



mehr benötigt. Die extreme Armut der Vororte trennt Welten von den modernen Einkaufszentren der Innenstadt.

Die IFLRY-Delegation traf sich mit Repräsentanten sehr unterschiedlicher Oppositionsparteien und Jugendorganisationen wie den Liberalen, Republikanern, Sozialisten und Kommunisten. Es war auffallend, daß der gängigen europäischen These des von den USA initiierten Allende-Sturzes wenig Bedeutung beigemessen wurde. Niemand verkennt die Rolle der USA, aber man betont eher interne Faktoren, wie z.B. die Kumpanei von Christdemokraten und Militärs oder Fehler der Allende-Regierung, die den Putsch erst ermöglichten. Diese Analyse unterstreicht die Notwendigkeit einer geeinten Oppositionsbewegung, um Pinochet zu besiegen.

Die politische Szene kann grob in drei Teile unterschieden werden: Ein Drittel unterstützt die Militär-

diktatur, ein Drittel unterstützt die Kommunisten und Linksozialisten und ein weiteres Drittel steht den Zentrumsparteien nahe, von denen die Christdemokraten die bedeutendste ist. Allende scheiterte, weil er ein Programm durchzusetzen versuchte, daß nur von 35 Prozent der Bevölkerung mitgetragen wurde. Es wird daher nur gelingen Pinochet zu besiegen, wenn die anderen zwei Drittel eine glaubwürdige Alternative formulieren können.

Die »Nein-Kampagne« vereinigt 16 Parteien, zu denen jedoch nicht die Kommunisten gehören. Sie wurden nicht aufgenommen, weil sie sich nicht deutlich genug von der Gewalt distanzieren haben. Trotzdem ist die Einigkeit der »Nein-Kampagne« ständigen Zerreißen ausgesetzt. Ohne die Möglichkeit des Wettbewerbs der Parteien bekommt das politische Geschäft etwas Selbstzerstörerisches. Ein Grund ist die ständig wachsende Zahl der Parteien, deren alternde

Parteiführer sich selbst gerne als Präsident sähen. Der schlimmste Aspekt der Entwicklung der Parteien unter der Diktatur ist vielleicht, daß es jungen Politikern unmöglich wurde, eine einflußreiche Rolle in ihren Parteien einzunehmen.

Viele der jungen und zumeist pragmatischen Aktiven, die wir trafen, arbeiteten in Jugendorganisationen, den Kirchen oder den sozialen Bewegungen. Sie sehen das Plebiszit lediglich als den Beginn eines Demokratisierungsprozesses.

Selbst wenn Pinochet freie Wahlen erlauben und dabei verlieren würde, bleibt das Militär in einer starken Position. Das Ergebnis von mehr als 40 Prozent für Pinochet signalisierte ein hohes Maß an Zustimmung. Mit dieser Unterstützung könnten die Militärs an der Macht bleiben, wenn es ihnen gelänge, die Opposition als zerstritten darzustellen und die Chilenen davon zu überzeugen, daß Gewalt und Instabilität die Folge der Demokratie wären.

Vor diesem Hintergrund ist die Selbstdisziplin und Einigkeit der Opposition von entscheidender Bedeutung. Es ist im Interesse der Militärs, Gewalt und Unruhe zu provozieren, um danach wieder »Ruhe und Ordnung« herstellen zu können. Sehr beunruhigend ist daher die uneindeutige Haltung der Kommunisten zur Gewalt.

Die Volksabstimmung am 5. Oktober war eine Gelegenheit für die Mehrheit der Opposition, eine Gelegenheit, die jedoch viele Gefahren birgt. Die IFLRY hat eine Reihe von Beobachtern nach Chile entsandt, um den einwandfreien Verlauf des Plebiszits überprüfen zu können. Die Präsenz internationaler Beobachter war eine der dringendsten Bitten der »Nein-Kampagne«. Hoffnung ist in einer Diktatur sehr zerbrechlich, aber wir müssen alle hoffen, daß diese Volksabstimmung den Anfang vom Ende des Pinochet-Regimes markiert. Das Leiden hat schon zu lange gedauert. Wer sich für das IFLRY Solidaritätsprojekt (mit Chile und Paraguay) interessiert, sollte sich für weitere Informationen an Imke Röbbken (c/o Bundesgeschäftsstelle) wenden. Andrew Anderson

IFLRY-Generalsekretär

Pro & Contra

**Kirche und Religion
— Opium für das Volk?**

**wer im Gebetshaus
sitzt, denkt
nicht an Steine**

Da schleichen sie rum, die VertreterInnen eines scheinbar so neuen Zeitalters religiöser Orientierung, eines, das mit Befreiungstheologie und New Age und einem ach so linken, aufgeklärten Christentum nun doch letztendlich Wahrheiten und Verheißungen verkünden will. Doch nur Letzteren soll hier die Aufmerksamkeit zuteil werden.

Nun machen sie sich ran, insbesondere bei den Grünen, in aufopferungs»würdiger« Kleinarbeit der Bibel allernstes Frauenfreundlichkeit (!) und Herrschaftskritik (!) zu unterstellen. Es versteht sich eigentlich von selbst, daß eine Partei mit systemkritischem Anspruch wie die Grünen, die die Mächtigen in Wirtschaft und Politik für die Zerstörung von Lebensgrundlagen und die Beschneidung individueller Freiheitsrechte verantwortlich machen, Religion und Kirche für die Hintertreibung und Demontage fortschrittlichen Gedankenguts zur Rechenschaft zieht. Dies tun einige RepräsentantInnen auch immer wieder. Dabei stoßen sie jedoch auf erhebliche Widerstände in den eigenen Reihen.

Aufklärung und Analyse emanzipationshemmender und -untergrabender Politik sind die erste Voraussetzung der offensiven Überwindung metaphysischen Einflusses auf die Bemühungen, durch andere politische Rahmenbedingungen die Chancen diesseitigen Glücks und diesseitiger Lebensqualität in Schule, Ausbildung und anderen sozialen Zusammenhängen und die Freiheit zur Entscheidung und im Denken zu verbessern. Das Christentum wird auch dann nicht fortschrittlicher, spricht auch dann nicht weniger vom das Diesseits erträglicher machenden »jenseitigen Heil«, wenn sich da ein lila Turnschuhpilger anschickt, die Welt zu missionieren.

Ob die apokalyptische Erwartung, die Befreiung durch fernöstliche Transzendenz, das deutschtümeln-de und somit aufs Ärgste zu bekämpfende Runenlesen oder Ex-

ternsteinanzen des sich, wenn auch nur marginal, des Christentums bedienenden New Age oder der pure Glaube an die Unfehlbarkeit des Weuti — alle haben sie eines gemeinsam: der Glaube an ein etwas, das für einen denkt, das einen lenkt und das letztlich die Welt, so wie sie ist, vorbestimmt hat.

Der Spielraum für freies und selbstverantwortetes Handeln wird somit noch kleiner, als es unser durch Profitmaximierung determiniertes System ohnehin schon zuläßt. Und welcher Bonze hätte es bitteschön denn nicht gerne, wenn z.B. Zirkel das Geheimnis der Immunität durch Yin-Yang gegen radioaktive Strahlung erforschen, statt sich politisch für die Abschaltung der AKW und für Abrüstung einzusetzen oder daß Arbeitslosigkeit durch eine sich fortschrittlich gebärdende Pfaffenschaft weggebetet werden soll und somit selbst den Fahrkartenschalter für eine andere Gesellschaft blockiert???

Und welche Gruppe, außer Christen, käme wohl auf die Idee, auf Grundlage ihrer Ideologie einen Bundesarbeitskreis zu errichten. »AK Grund- und Freiheitsrechte« gibt es da, »AK Umwelt« u.a., und die elitäre Gruppe der »Christen bei den Grünen«. Warum nicht in Zukunft »Klassenkämpfer«, »Heiden«, »Punks bei den Grünen«? Ja — warum nicht »Symphoniker bei den Grünen«, ist doch die Liebe zur Musik auch eine Ideologie?! — Damit es endlich ein Ende hat mit vernunftorientierter Politik. Wie sagte schon der alte Kalle, hier frei übersetzt: Pope ist dope.

Susanne Falkenberg

Krimileserin bei den Jungdemokraten- oder wie oder doch nicht?!!



Von geistigen und Geister-Schlachten

Wenn denn also eine neue, einmal mehr, Auseinandersetzung um Religionskritik mit Berufung auf Karl Marx geführt werden soll, dann auch mit dem Originalzitat.

»Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend.

Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt eine herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist.

Sie ist das Opium des Volks.«

Ich jedenfalls will nicht bestreiten, daß Karl Marx mit seiner scharfen Analyse der Funktionalisierung und Instrumentalisierung christlicher Religion seiner Zeit — und mancher Zeit davor wie danach — Richtiges gesehen hat. Und noch in den Verzerrungen staatsbürgerlicher Religiosität preußischer Provenienz erkennt Marx die Doppelfunktion der Religion: sie ist Ausdruck und Protestation des wirklichen Elends zugleich. So zielt er ab auf eine Kritik der Religion, die im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist. »Nachdem das Jenseits der Wahrheit verschwunden«, wird es zur Aufgabe, »die Wahrheit des Diesseits zu etablieren«.

Soweit der engere Zusammenhang bei Karl Marx. Wird dies alles falsch, nur weil der erste Satz, mit dem Marx diese Auseinandersetzung beginnt, nun ganz offensichtlich falsch ist: »Für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendigt ...? Die Religions-

kritik bei Karl Marx zeigt im übrigen im kleinen bereits das philosophische Dilemma und Defizit, das sein ganzes Werk durchzieht: wie kann er, der die Abstrakta Hegelscher Philosophie so grundsätzlich demontieren will und über hunderte von Seiten bekämpft, wie kann er von dem Abstraktum »Religion« reden? Oder redet er nur von dem Konkretem, der Religion, die er erlebt? Die platte Wiederholung verkürzter Marx-Zitate jedenfalls ist alles weniger als ein sinnvoller Beitrag zur notwendigen Religionskritik. Das Kriterium sinnvoller Religionskritik will ich von Karl Marx gerne übernehmen: Ist sie Heiligenschein des irdischen Jammertales? Ist sie Protestation gegen das wirkliche Elend? Der Seufzer der bedrängten Kreatur? Oder ist sie die imaginäre Blume an der realen Kette, die ihn abhält, die wirkliche Blume zu brechen?

Ich weiß wohl, daß auch heute noch, in dieser unserer Gesellschaft, allzu viele allzu oft das

Christentum dazu mißbrauchen, »als das große Eiapoepia, mit dem man einlullt das Volk, den großen Lümmel«. Da wird von denen, die sich als die treuesten Bekenner des Evangeliums ausgeben, christlicher Glaube reduziert auf eine prüde und menschenverachtende Sexualethik; da wird bei konservativen Politikern wie bei manchen Kirchenfürsten die spätkapitalistische soziale Marktwirtschaft zum vierten Glaubensartikel. Allein, genügt dies in einer seriösen Auseinandersetzung, um das Kapitel »Religion« abzuschließen? Man wird, auch dies eine traurige Lehre aus dem sogenannten Historikerstreit, an geistige Auseinandersetzung in diesem unserem Land nicht allzu hohe Ansprüche mehr stellen dürfen ...

Aber man sehe sich um in unserem Land mit nur einigermaßen offenen Ohren und Augen. Es sind die Kirchen, die noch die letzten Bastionen einer developmentspolitischen Konzeption vertreten und praktizieren, die dies Wort verdient. Es sind die Kirchen, die noch liberale Grundpositionen in der Ausländerpolitik einigermaßen lautstark anmelden. Es sind die Kirchen (nur noch teilweise), die dem Lemurenzug in den Parteienstaat und in die Parteiengesellschaft widerstehen. Und man schaue sich um, in der sogenannten Dritten Welt, und man wird beides finden: Religion als »moralische Sanktion«, um noch einmal mit Marx zu reden, des Elends und Religion als der geistige Kristallisationspunkt — und die reale Organisation des Kampfes um das Menschsein des Menschen! Sind die evangelischen Kirchen in der DDR die Opiumhöhle im Himmel des realen Sozialismus?

Der christliche Glaube verspricht dem Menschen nicht den Himmel auf Erden, weder sozialistisch noch kapitalistisch organisiert. Aber er gibt im Glauben an den vom Tod auferweckten Herrn der Geschichte den Mut und die Kraft, im Hier und Jetzt für das Mensch-Sein des Menschen zu kämpfen und gleichzeitig die Warnung, daß in diesem Kampf die Mittel den Zweck nicht korrumpieren dürfen. In diesem Sinne, in der Tat, geht es darum, die »Wahrheit des Diesseits« zu etablieren, hier und heute. All denen, die dennoch heute mutig die geistigen Schlachten des 19. Jahrhunderts gewinnen wollen, sei eine fröhliches »Glück auf!« zugerufen.

Tilman Schmieder

Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej)

»Ai fiehl gutt ent ju fiehl gruwi«

Daß Konkurrenz das Geschäft belebt, ist ja nicht nur eine der Binsenweisheiten des Kapitalismus; auch der real existierende Sozialismus beherzigt nicht erst seit Gorbatschow diese Regel, zumindest was seine Sportler anbelangt. Deutlichster Beleg ist das alljährliche Auftreten der jeweiligen Olympioniken. Was also liegt näher als ein solches Prinzip auch auf Kultur anzuwenden? Und wenn schon, dann nicht die hochsubventionierten Theaterchefs, sondern lieber ausgehungerte, ergo kampfeslustige Rockmusiker, die obendrein nicht die Intelligenz besitzen, sich solchen Schaustellungen zu entziehen.

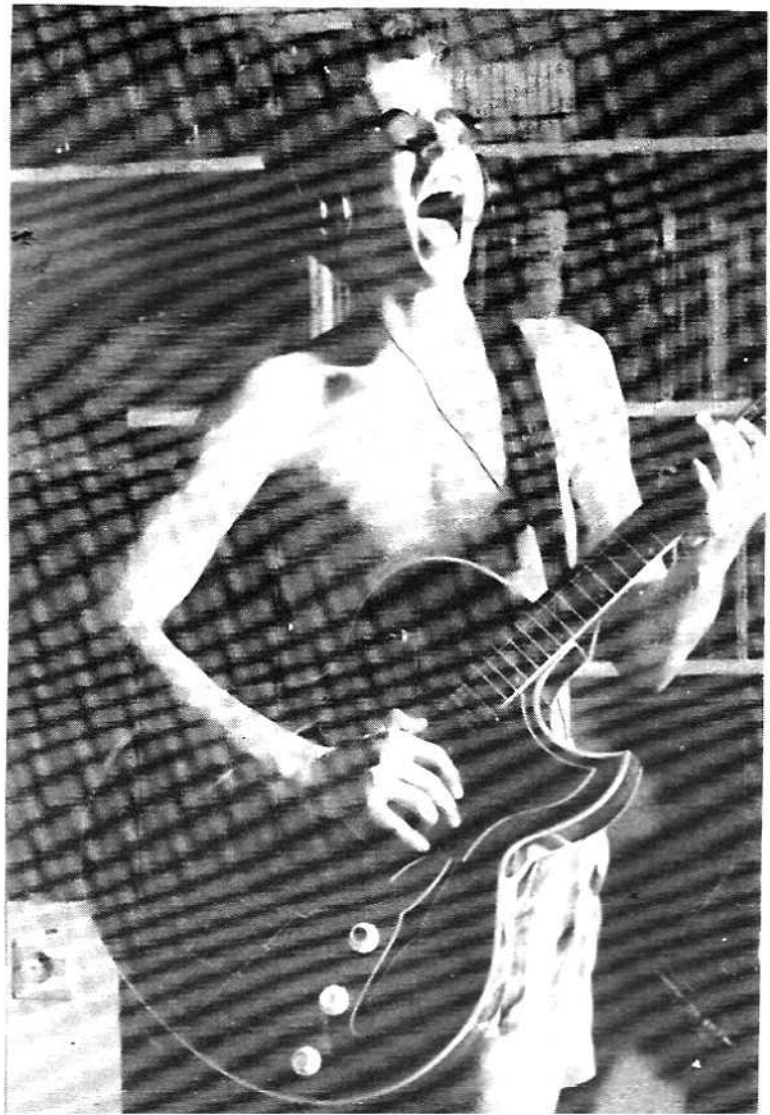
So ließ denn unlängst ein bekannter Instrumentenkonzern weltweit nationale Ausscheidungen um die Würde stattfinden, sich in Japan in der Budokan-Halle einer der berühmtesten kreischenden Teenagerhorden zu präsentieren, die von westlichen Rockmusikern (Rockmusiker hier wie *Scorpions*) gerne auf Live-Platten gebannt werden. Wer denn nun die deutschen Farben präsentieren darf, habe ich erfolgreich verdrängt — dazu war schon die Pressekonferenz dämlich genug. Nicht nur, daß aus bayerischen Einöden die Deutschlandsieger des Letztjahres eingeflogen wurden und unter Verwendung der regional üblichen Schnal- und Grunzlaute sowie diverser neudeutscher Vokabeln immer wieder davon zu berichten wußten, daß die Organisation »super« gewesen sei — einen Plattenvertrag haben die Simpel zum Glück noch immer nicht — nein, ein Übriges tat der Co-Sponsor, eine zumal in sich links fühlenden Kreisen nicht unumstrittene Schweizer Süßwarenfirma, der darauf insistierte, man solle eines ihrer neuen Produkte konsumieren. Dieses wurde denn auch beim Konzert selbst dem Publikum neben einer schier unerträglichen Moderation verabreicht, so daß man von einer rundum gelungenen Scheußlichkeit sprechen konnte.

Zwei Nummern kleiner, aber auch im Geiste des Wettbewerbs, hat es der Berliner Kultursenator. Alljährlich darf sich wer will bewerben um die Teilnahme am »Senatsrockwettbewerb«. Opfer ist hier nicht das Publikum, sondern eine Jury von 16 Gerechten. Diese dürfen 21 kleinste Übel aus mehreren hundert Cassetten auswählen, die dann an einer bekannten Örtlichkeit Gelegenheit erhalten, ein breiteres Publikum zu quälen. Gut an dieser Lösung ist, daß man von

vornherein einen Sündenbock hat: die Jury. Prinzipiell gehen alle durchgefallenen Gruppen davon aus, daß geschoben, also auf Qualität geachtet wird. Außerdem, so die düstere Andeutung, wisse man ja, daß XY mit Z besonders gut könne ... Die Qualen dagegen, die man beim Anhören von Cassetten verspürt, die im wesentlichen aus schlecht nachgespielten Lieblingsstücken der jeweiligen Plattensammlung bestehen, kann nur ein phantasievoller Mensch nachvoll-

ziehen. Solche allerdings beteiligen sich zumeist nicht an »Wettbewerben«; sie haben schon einen Plattenvertrag und folglich Besseres zu tun. In Folge schlagen sich die Juroren mit Musikern herum, die unter Beweis stellen wollen, daß sie die logische Progression der ersten drei Led Zeppelin-LPs begriffen haben. Ein Lyrik-Preis wäre da wohl oft angemessener, etwa für den Sozialkritiker, der anzumerken weiß, er sei »born in zörtisix, in ze ghetto«, aber auch für Künstler, die mit Zeilen wie »Ai fiehl gutt ent ju fiehl gruwi« zu erfreuen wissen. Daß in solcher Situation ein Juror-Kollege Bereitschaft zeigt, daß Vorspielgeräusch des Cassetten-Rekorders zu honorieren, ist nur zu verständlich. Dem Wettbewerbsgedanken wird auch dies nicht schaden; wie immer ist es die Teilnahme, die zählt. Und so schaue ich festen Blicks auf sieben Abende, an denen mich Freunde und Verwandte der jeweils sich aufopfernden Künstler zur Aufmerksamkeit mahnen und, sollte ich den Raum verlassen, argwöhnisch bis zur Toilette begleiten werden, um jeden etwaigen Fluchtversuch im Keime zu ersticken.

Dieter Jirrmann



neu & platt

Daß man sich der musikalischen Geschichte widmet, ist unbestritten gut und notwendig; es kommt also auf das »Wie« an. Daß man seine Sache gut oder schlecht machen kann, liegt dann in der Natur der Dinge.

Schicken wir also zuerst unsere amerikanischen Freunde in den Ring. Die nehmen sich Woody Guthrie und Leadbelly auf einer Platte gemeinsam vor und nennen das »Folkways A Vision Shared«. Geboten wird etwas Gospel (o.k.). Bob Dylan als Woody Guthrie, also wieder als früher Bob Dylan (und damit im Urteil der jeweiligen Position zu Dylan entsprechend). John Mellencamp als Neo-Folklore (ausgerechnet an einem Stück, das Ry Cooder schon vorgenommen hatte). Arlo Guthrie als Sohn und damit in deutlich schwächerer Position als Bruce Springsteen als Erbe. Das gibt mir nun Gelegenheit zum Querverweis auf die Story »You and the Boss« von Tama Janowitz in »Slaves of New York«, womit ich mir zukünftige Bemerkungen zu Springsteen ein für alle Male spare. Was bei »Folkways« dann noch halbwegs Sinn macht, sind ausgerechnet U2 (die sich unlängst ja auch auf einer Weihnachtsplatte recht ordentlich schlugen), Little Richard (ja, der und genau so) sowie die Musiker mit Country-Credibility: Willie Nelson und Emmylou Harris. Taj Mahal hat das oben erwähnte Cooder-Problem auch; Brian Beach Boy Wilson läßt ahnen, warum er in der Klapse war, und Pete Seeger ist nur peinlich à la »Ich hatt' einen Kameraden«. Also insgesamt eine sehr gemischte Vorstellung, deren Erwerb sehr stark von persönlichen Vorlieben abhängt.

Anders dagegen die Engländer. Die fangen schon mit dem interessanteren Musiker an. Daß Johnny Cash die Verkörperung der Reaktion sei, ist als pure Demagogie nun schon recht alt, daß der Mann gegen den Vietnam-Krieg war, wird geflis-

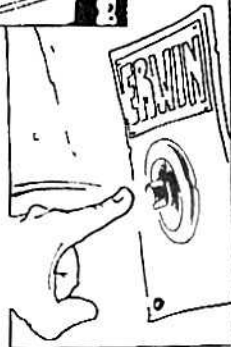
sentlich unterdrückt. »'til things are brighter«, eine AIDS-Benefiz-Platte, bringt über ein Dutzend britische Semi-Underground-Stars zusammen, um Cash zu rehabilitieren. Die Band, die klugerweise auf allen Tracks spielt und so das Ganze zusammenhält, rekrutiert sich zu wesentlichen Teilen aus den Mekons (also Qualitätsgarantie); dazu singen dann gute Menschen auf gewohnte oder ungewohnte Weise. Gewohnt, wg. bekannter Affinität zu Countrymusik, sind David McComb (Triffids), Michelle Shocked, Cathal Coughlan (ex-Microdisney) und die Mekons. Ungewohnt, aber gut: Peter Shelly (*), Mary Mary (Gaye Bukers on Acid), Tracey and Melissa (Voice of the Beehive). Ungewohnt und unsicher: Stephen Mallinder (Cabaret Voltaire). Herausragend, da richtiger Mann mit richtigem Thema: Marc Almond auf »Man In Black«, also als ganz harter, wo er sonst das halbseidene Image hat. Natürlich wird diese LP mal wieder so funktionieren, da nicht die Johnny-Cash-Fans sie kaufen wer-

den, sondern diverse Vollständigkeitsfanatiker. Wer dann allerdings auf Cash kommt, kauft »The Greatest Years 1958-1986« und »At San Quentin«, eine der Live-LPs (sagt auch der NME).

Ansonsten gibt es dann noch »Spirit Of Eden« von Talk Talk. Von allen Merkwürdigkeiten, die einem so unterkommen, ist das eine der merkwürdigsten. Vier Songs auf vierzig Minuten, nichts in Single-Länge (und das von einer ehemaligen Charts-Band), kein bißchen Synthesizer. Ob das nun ein Geniestreich ist oder eine Knallschote, wird erst die Zeit zeigen. Einsteilen verweise ich auf das erste King Crimson-Album (dank Virgin, die den EG-Katalog gekauft haben, wieder erhältlich). Also auf jeden Fall bemerkenswert.

Dieter Jirrmann

(*) Wer den kennt und das glaubhaft nachweisen kann (etwa 200 Worte zum Thema »Warum 'What Do I Get' meine Lieblings-single von ... ist), erhält eine LP meiner Wahl (bestimmt nix Schlechtes). Zusendungen an die Redaktion. Ausgeschlossen sind Personen, die Zugang zu meiner Plattensammlung haben.



»hat mers net, da fehlts eim«

Dieter Jirrmanns Verriß hessischer Volksmusik (tendenz 4/88) ist den Frankfurter Rocktheater-Machern Flatsch offensichtlich nahegegangen. Sie lösten sich nach zehn Jahren auf.

Zwar wird noch eine Live-LP vom letzten Auftritt in der Offenbacher Stadthalle erscheinen, doch künftig müssen Hits wie *Badekapp* oder *Kaufhaus* (»Was mer hat des hat mer — Badubida — Hat mers net, da fehlts eim — Yeah«) von den Fans alleine gesungen werden. Hilfreich wird dabei die Jungdemokraten-Broschüre über das UdSSR-BRD-Jugendlager in Estland sein, in der das *Kaufhaus*-Lied dokumentiert ist, mit dem die Hessen in der Jungdemokraten-Delegation mit der Newcomer-Band *Christoph and the drunken DJD* konkurrierten (tendenz 5/88).

Thomas Hetzer
Badekapp

Dreist

„Minister Möllermann mißbraucht sein Amt für parteipolitischen Filz. Er will die ihm genehmen StudentInnen- und Jugendverbände mit besonders hohen Förderungssummen beglücken.“

Der vorliegende Vorschlag zur Mittelverteilung in der Förderungsrunde 1988/89 stellt eine dreiste, politisch nicht vertretbare Ungleichbehandlung der antragsstellenden StudentInnen-Verbände dar. Da sollen einerseits die 'Möllerannahen' Gruppen (Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen, Junge Liberale) insgesamt 86000 DM erhalten, was einer Steigerung von über 300 Prozent (!) gegenüber 1987 entspricht. Gleichzeitig wird die Förderung der Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG) und der Deutschen Jungdemokraten drastisch beschnitten. Erhielten diese kritischen, linksliberalen Verbände im Jahre 1987 zusammen noch 35 100 DM, sollen es jetzt gerade noch 12000 DM sein, erklärten Imma Hillerich (Obfrau der GRÜNEN im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft) und Dietrich Wetzell (Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft) zu den Verschiebungen bei der Förderung studentischer Verbände im Haushalt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft.

Die coole Nummer



030
- 216
2346

heißt die neue Rubrik, denn unter dieser Nummer werden Verbandsgerüchte und -neuigkeiten entge-

genommen, bei Dritten telefonisch hinterfragt und an dieser Stelle Vierten und Fünften offenbart.

»Vorstände schaden nur«

Im März, nach der turbulenten Bundesdelegiertenkonferenz, fühlte er sich noch in »meiner anarchistischen Überzeugung bestätigt, daß Vorstände nur schaden«, und jetzt sitzt er selber drin. Joachim Biermanski (Rheinland-Pfalz) ist eines der fünf neugewählten Bundesvorstandsmitglieder, die auf dem letzten Bundeshauptausschuß gewählt wurden.

Nachdem Dirk Scheelje und Coni von Meding (beide Niedersachsen) ihre Rücktritte angekündigt hatten (*tendenz* 5/88), begann ein neuerlicher Wettbewerb um das originellste Gerücht über die künftige Zusammensetzung des BuVos. Doch

der neue Vorstand wurde origineller als alle Gerüchte.

Daß Imke Rochken (Hamburg) künftig den Verband mit einem richtigen Titel international (West) repräsentieren würde, galt als sicher. Als sicher galt aber auch, daß Michael Kruse (Bremen) nicht wieder in den BuVo zurückkehren würde. Der junge Vater (*tendenz* 4/88) war sogar ohne Terminkalender und Unterlagen zum Bundeshauptausschuß nach Bonn gekommen, um sich in seiner neuen Rolle als eldler statesman zu üben. Vergebens. Ebenso vergebens wie die Hoffnung von Thomas Hetzer (Berlin), nach seinem Umzug nach Berlin künftig ganz ohne Terminkalender auskommen zu können. Auch er

wird jetzt mit neuem Titel international (Ost) auf Reisen gehen können. Die größte Überraschung im neuen Jungdemokraten-Bundesvorstand ist aber die RSG-Bundesvorsitzende Marion Mück-Raab (Rheinland-Pfalz).

Sie selbst hatte sich auch eine Woche später noch nicht an ihre neue Aufgabe gewöhnt. In einer Pause der ersten Sitzung des BuVos ließ sie während des *Junta*-spiels den weiterhin — und diesem Zwischenfall zum Trotz — amtierenden Bundesvorsitzenden Ernst-Christoph Stolper (Nordrhein-Westfalen) erschießen.

Thomas Hetzer

während des erwähnten *Junta*-Spiels mehrfach erfolgloser Putschist

Bundesarbeitskreis

Frauen

Ein Arbeitsauftrag für den BAK Frauen kommt vom letzten Bundeshauptausschuß (BHA), der einen halben Tag lang über die Situation von Frauen im Verband diskutierte.

Rechtzeitig vor der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz, vom 6. bis 8. Januar, soll der BAK ein Vorbereitungswochenende für Mädchen und Frauen durchführen, bei dem Rhetorik der Schwerpunkt sein wird.

Außerdem, so beschloß der BHA, sollen 50 Prozent der frei verfügbaren Mittel des Bundesverbands für mädchen- und frauenspezifische Aktivitäten ausgegeben werden.

Schule

Der lange angekündigte und erwartete Artikeldienst für Schüler- und Jugendzeitungen wird nun doch (nicht) erscheinen.

Nachdem sich das bis dahin zuständige BuVo-Mitglied Coni von Meding und der BAK Schule nicht über ein neues Konzept einigen konnten und auch der Bundeshauptausschuß keine Lösung fand, sah es ganz nach einem weiteren artikeldienstlosen Jahr aus. Nun will aber der Landesverband Niedersachsen, aus dem Coni stammt, sein Konzept auf eigene Rechnung umsetzen und noch im November drucken.

Kirchen-spektakel

„Auch wir wachen über Deine Wege“ ist wieder das Motto der Jungdemokraten beim Evangelischen Kirchentag.

Die Jungdemokraten werden wieder auf 25 qm über Grund- und Freiheitsrecht informieren. In

Frankfurt wurde dies mit »anonymisierten Volkszählungsbögen« illustriert. Die Polizei, die die beiden Nachbarstände stellte, sah — einmalig zu jener Zeit — vier Tage lang tatenlos zu, denn beim *Markt der Möglichkeiten* üben die am Markt beteiligten Gruppen das Hausrecht selbst aus und sahen keinen Grund zum Eingreifen. Die Jungdemokraten-Forderung nach Straffreiheit für Boykotteure wurde gar zur offiziellen Kirchentagsresolution.

Dilletanten im KV Bochum

Im Kreisverband Bochum haben jetzt vier Dilletantinnen und zwei Dilletanten die Grundsatzarbeit übernommen.

Natürlich ist Kritik an Parlamenten, Parteien und PolitikerInnen der Schwerpunkt der DilletantInnen vom neuen Grundsatz AK, der in

Besetzung Carsten Eichler, Annette und Susanne Falkenberg, Willy Lücknerath, Doris Mehring und Marianne Schwarzkopf allerdings nicht alle Verbandsströmungen repräsentiert. Daher sollten die sechs aus Bochum als das betrachtet werden, was sie wirklich sind: eine Kabarettgruppe.

November

8. November
USA-Präsidentenwahlen (*)

8./9. November
50 Jahre »Reichskristallnacht« /
»Reichspogromnacht« (X)

9. November
70 Jahre Novemberrevolution

11. - 13. November
»Christlicher Fundamentalismus
auf dem Vormarsch«, Seminar des
LV NRW und des LQF in
Schwerte (*)

11. - 13. November
»Frauen«, Seminar des LV
Niedersachsen

11.-13. November
LAK Grundsatz des LV
Niedersachsen im Gleisdreieck
Hannover

12. November
»Rüstungsexporte«-Demonstration
in Eschborn

12.-13. November
»Rumänien«, Seminar des LV
Berlin, in den Räumen des RPJ,
Kurfürstendamm 96 (*)

12. + 13. November
BAK Grund- und Freiheitsrechte

12. + 13. November
GABA-Kongress in Köln

15. November
Aktionstag zum 1. Jahrestag des
Aufstands in Kronstadt/Brasov
(Rumänien) (*)

15. November
Flasch ist tot. Es leben die Rodgau
Monotones. Heute im Berliner
Quartier Latin. Live (*)

18. - 20. November
»Das neue Gesicht des
Kapitalismus«, Seminar des LV
Hamburg und der GAL Altona in
Kleve

18.-20. November
»Frauen-Rhetorik«, Seminar des
LV NRW und des LQF in
Westhofen

18.-20. November
»Schülervertretung (SV)«,
Seminar der LV Niedersachsen in
Dörverden

19. November
»Demokratie-Kongress« über Volks-
begehren und -entscheid der Hein-
rich-Böll-Stiftung in Bonn (*)

19. + 20. November
»Parlamentarismuskritik«,
Seminar des BAK Grundsatz

19. + 20. November
»Die Weltreligionen im
Leistungsvergleich«, Seminar des
LV NRW und des LQF in
Westhofen (*)

21. - 25. November
»Rhetorik intensiv«, Seminar des
LV NRW und des LQF in Löhne

25. - 27. November
»Rhetorik für SchülerInnen und
StudentInnen«, Seminar der LV
NRW und des LQF in Westhofen

25. - 27. November
»Atomwaffenverzicht ins
Grundgesetz«, Konferenz

26. + 27. November
BAK Drogen in Bielefeld

1. - 15. Dezember
Jungdemokraten besuchen YDA
(USA) (*)

2. - 4. Dezember
»Frauen-Rhetorik«, Seminar des
LV Niedersachsen

2. - 4. Dezember
»Schülervertretung (SV)«,
Seminar des LV Niedersachsen in
Northem/Münden

8. Dezember
»Moderner Aberglaube —
Mystik«, Abendveranstaltung des
LV Hamburg, ab 20 Uhr in der
LGS(*)

9. 11. Dezember
BAK Antifaschismus

9. - 11. Dezember
»Radikaldemokratie«, Seminar des
BAK Grundsatz

9. - 11. Dezember
»Atomwaffen«, Seminar des LV
Niedersachsen in Hannover

9.-11. Dezember
Kongress zu Notstands- und
Sicherheitsgesetzen in Köln

10. Dezember
Tag der Menschenrechte

16. - 18. Dezember
»Gleisdreieck-Bündnis«-Treffen im
Gleisdreieck, Hannover

17. + 18. Dezember
RSG-Bundesdelegiertenkonferenz

28. Dezember - 3. Januar
»Silvester-Seminar« des LV
Niedersachsen, mit vielen
»spannenden Überraschungen«
wie z.B. vegetarische
Selbstkocherküche, in Ottenstein
bei Hameln

... und später

6. 8. Januar
»Rhetorik und BDK-Vorbereitung
für Frauen«, Seminar des
Bundesverbandes (X)

7. + 8. Januar
BAK Internationales (X)

13. - 15. Januar
»Strategie«, Seminar des BAK

13. - 15. Januar
Landesdelegiertenkonferenz
(LDK) des LV Rheinland-Pfalz

20. - 22. Januar
Bundeshaupptausschuß

27. 29. Januar
LDK des LV NRW in Westhofen

10. - 12. März
Bundesdelegiertenkonferenz
(BDK)

(*) mehr dazu in dieser Ausgabe.

Informationen zu den anderen und
andere Termine bei der Bundesge-
schäftsstelle oder den jeweiligen
Veranstaltern.

Der LV Berlin in den USA
verfolgt interessiert
die auch dort
geführte
PorNO-Debatte



Bundesverband, Reuterstraße 44,
5300 Bonn, Tel.: 0228-210952.
LV Baden-Württemberg, c/o
Dirk Sawitzky, Schwarzwaldstraße
145, 7800 Freiburg.
LV Bayern, c/o Kristina Ham-
mer, Fischbacher Hauptstraße 213,
8500 Nürnberg 50.

LV Berlin, Bülowstraße 65, 1000
Berlin 30, Tel.: 030-2162346
LV Bremen, c/o Holger Munder-
loh, Graf-Haeseler-Straße 12,
2800 Bremen
LV Hamburg, Schmarjstraße 41,
2000 Hamburg 50.
LV Hessen, Postfach 1322, 6380

Bad Homburg.
LV Niedersachsen, Borriesstraße
28, 3000 Hannover,
Tel.: 0511-8387177
LV Nordrhein-Westfalen, Kieler
Straße 29c, 5600 Wuppertal 1,
Tel.: 0202-4938354.
LV Rheinland-Pfalz/LV Saar-

land, Postfach 1423, 6500 Mainz,
Tel. 06131-235914.
LV Schleswig-Holstein, c/o
Jasper Wolf, Virchowring 2g,
2359 Henstedt/Ulzburg.
Radikaldemokratische Studen-
tengruppen (RSG), Reuterstraße
44, 5300 Bonn, 0228-222181.